

Spezifika deutscher Besatzungspolitik in Warschau 1914-1916¹

von

Marta Polsakiewicz

Die deutsche Besetzung Warschaus in der Zeit des Ersten Weltkriegs ist ein Thema, das bisher in der Öffentlichkeit und auch in der Historiografie nur wenig Beachtung erfahren hat. Während der Erste Weltkrieg fast immer nur als ein Krieg im Westen Europas dargestellt wird, ruft das Stichwort der deutschen Besetzung Warschaus praktisch wie von selbst die Bilder der nationalsozialistischen Terrorherrschaft hervor. Die erste deutsche Besetzung der polnischen Hauptstadt im 20. Jahrhundert wurde von der Brutalität der späteren Erfahrungen überschattet und geriet deswegen in Vergessenheit.

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs markierte für Warschau den Auftakt zu einer Reihe von Veränderungen, die sowohl durch die Ablösung der russischen Teilungsherrschaft durch die deutsche Besetzung gekennzeichnet waren als auch durch die gesellschaftlichen Umwälzungen, die sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts angebahnt hatten und mit dem Ausbruch der Russischen Revolution endgültig an die Oberfläche kamen. Das letzte Kräfte-messen der imperialen Großmächte fiel in eine Zeit, in der das alte Gefüge der *Belle Époque* seinem Untergang geweiht war und die unterprivilegierte Schicht der Arbeiter begann, ein Klassenbewusstsein zu entwickeln und dafür zu kämpfen. Die Stadt Warschau wurde zwar in erster Linie von einem starken pro-russischen Bürgertum dominiert, bildete zugleich aber den größten industriellen Ballungsraum im geteilten Polen, in dem die illegale Aktivität sozialistischer Parteien an Bedeutung gewann. Das Ziel der vorliegenden Untersuchung besteht darin, die Auswirkungen dieser beiden Faktoren vor allem auf der Mesoebene zu untersuchen und festzuhalten, inwiefern sie zum Wandel der Metropole beigetragen haben.

Die jahrzehntelange russische Präsenz im Königreich Polen hatte ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen Warschau und dem Zarenreich bewirkt, das sich u.a. in der Aberkennung autonomer Stadtrechte, in den Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sowie in der Russifizierung des Bildungswesens und des Stadtbildes niederschlug. Die Einnahme der Stadt durch die deutschen Besatzer im Sommer 1915 unterbrach diesen Prozess und bildete den Auftakt zu einer Reihe von Veränderungen in administrativen, bildungspolitischen und auch kulturpolitischen Bereichen, mit denen die Warschauer Bevölkerung längst nicht mehr gerechnet hatte. Diese Neuerungen waren zum

¹ Der vorliegende Aufsatz fasst die Masterarbeit der Autorin zusammen, die im Jahr 2008 an der Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) eingereicht und verteidigt wurde.

einen das Resultat eigener militärischer Interessen, zum anderen das Ziel einer Besatzungspolitik, deren Doppelstrategie sich dadurch auszeichnete, dass sie mit kulturellen und politischen Zugeständnissen die Bevölkerung zu beschwichtigen wusste, gleichzeitig aber auch aus wirtschaftlichen Interessen eine ausbeuterische und zerstörerische Linie verfolgte. Somit soll in der vorliegenden Untersuchung der Herrschaftswechsel als Schnittpunkt für die Analyse eines Wandels dienen, der das Gesicht der Metropole nachhaltig prägte. Indem dieses Moment ins Zentrum der Untersuchung rückt, wird für die Analyse eine Matrix gewonnen, in der die Facetten des städtischen Lebens im Umbruch deutlich werden und in der entscheidende Wandlungsprozesse vor Ort dargestellt und analysiert werden können.

Durch die Auswertung der bislang wenig genutzten „Verordnungsblätter für das Generalgouvernement Warschau“² können relevante Erlasse, Verordnungen und somit auch der Charakter der deutschen Besatzung skizziert und belegt werden. Nach einem kurzen Abriss der Warschauer Gesellschaft unter der russischen Teilungsmacht sowie der Ereignisse des ersten Kriegsjahrs in und um Warschau werden im Folgenden die Verordnungen und Erlasse jene Veränderungen belegen, die sich in mehreren Bereichen des städtischen Lebens herauskristallisierten.

Vergleichende Blicke auf Besatzungspraktiken in „Ober-Ost“³ werden zu der These führen, dass das deutsche Vorgehen im Generalgouvernement Warschau keinen Einzelfall, mit Sicherheit aber einen Sonderfall der deutschen Besatzungspolitik im Ersten Weltkrieg repräsentiert. Diese These soll mit der exemplarischen Hervorhebung der im Raum einer Metropole zusammenspielenden politischen, kulturellen, ethnischen sowie industriellen bzw. wirtschaftlichen Faktoren begründet werden, die in ihrer Summe die Besatzungsmächte vor eine bis dahin nicht gekannte Herausforderung stellten.

Auf die Situation ab 1917 kann und soll in dieser Untersuchung nur am Rande eingegangen werden, da die Ereignisse in Russland sowie die Einflüsse der Entente, die seit diesem Jahr zu einem immer attraktiveren Gesprächspartner für die politischen Kreise Warschaus wurde, den Untersuchungsgegenstand zu stark in eine bestens erforschte Perspektive drängen und somit vom eigentlichen Vorhaben ablenken würden.

Forschungsstand

Dass in der Geschichtsschreibung der Erste durch den Zweiten Weltkrieg überschattet wurde und es ihr generell an Interesse am Osten Europas im Ersten Weltkrieg fehlt, spiegelt sich deutlich im europäischen Forschungsstand

² Verordnungsblatt für das General-Gouvernement Warschau [Dziennik rozporządzeń dla Jeneral-Gubernatorstwa Warszawskiego], hrsg. von der Kaiserlich-deutschen Zivilverwaltung, Warschau 1915-1918 (im Folgenden zitiert: VB), vorhanden in der Sammlung „Krieg1914“ der Staatsbibliothek zu Berlin, Signatur: Krieg1914/13354.

³ „Ober-Ost“ = Territorium des Oberbefehlshabers der gesamten deutschen Streitkräfte im Osten (Kurland, Litauen und Białystok-Grodno).

wider. Dieser Mangel fällt auf, wenn man z.B. nach wissenschaftlichen Arbeiten polnischer Historiker aus den Jahren der Zweiten Polnischen Republik über Warschau in der Zeit des Ersten Weltkriegs sucht. Erst zu Beginn der 1930er Jahre erschienen eine von Marceli Handelsman herausgegebene Aufsatzsammlung⁴ und die Arbeit Jan Dąbrowskis⁵, dessen Erinnerungen an den Weltkrieg, gestützt durch historische Dokumente, als eine ergiebige Quelle betrachtet werden können. Generell stand die polnische Geschichtsschreibung zur Zeit der Zweiten Polnischen Republik viel stärker im Dienste einer Aufarbeitung der vorangegangenen Teilungsherrschaften, der Aufstände des 19. Jahrhunderts und der Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit Polens, in deren Zentrum die Figuren Józef Piłsudskis und Roman Dmowskis standen.

Eine Prüfung der wenigen einschlägigen Publikationen aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bestätigt dieses Desiderat; in vielen Fällen stützt sich Krzysztof Dunin-Łasowicz in seiner Monografie zu Warschau in der Zeit des Ersten Weltkriegs⁶, die als einzige exakt dieses Thema behandelt, auf Literatur aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Die von ihm häufig zitierte Arbeit zu Polen im Ersten Weltkrieg⁷ z.B. ist ein Werk, das in den sechziger Jahren konzipiert wurde, genauso wie eine Reihe weiterer von ihm genutzter Publikationen.⁸ Dunin-Łasowicz Arbeit mag zwar nicht erschöpfend recherchiert sein, was sich mit den kulturpolitischen Umständen Polens in den siebziger Jahren erklären lässt, doch leistet sie als Überblickswerk sehr gute Dienste. Vergleichbare Feststellungen ließen sich für die Arbeit Marian Marek Drozdowski⁹ treffen, der in seinem kurzen Kapitel über den Ersten Weltkrieg Dunin-Łasowicz oft zitiert und darüber hinaus nur wenige neue Quellen heranzieht. Janusz Pajewski dagegen hat in seiner Monografie¹⁰ zusätzlich einige Quellen aus dem Archiv Neuer Akten in Warschau sowie die

⁴ Polska w czasie wielkiej wojny 1914-1918. Historia społeczna i ekonomiczna [Polen in der Zeit des großen Krieges 1914-1918. Eine Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte], bearb. von MARCELI HANDELSMAN, Warszawa 1932.

⁵ JAN DĄBROWSKI: Wielka Wojna 1914-1918 [Der große Krieg 1914-1918], Warszawa 1937.

⁶ KRZYSZTOF DUNIN-ŁASOWICZ: Warszawa w czasie pierwszej wojny światowej [Warschau in der Zeit des Ersten Weltkriegs], Warszawa 1974.

⁷ JERZY HOLZER, JAN MOLENDĄ: Polska w pierwszej wojnie światowej [Polen im Ersten Weltkrieg], Warszawa 1973. Aus diesem Grund sollte auf die Arbeit von WILHELM FELDMAN: Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilungen (1795-1914), München 1917, als deutschsprachige Alternative hingewiesen werden, da sie einen Blick aus einer anderen historischen Perspektive auf die Ereignisse und Zusammenhänge deutsch-polnischer Beziehungen zulässt.

⁸ Warszawa II Rzeczypospolitej [Das Warschau der Zweiten Polnischen Republik], H. 1-5, Warszawa 1968-1973 (Studia Warszawskie. Instytut Historyczny Polskiej Akademii Nauk).

⁹ MARIAN MAREK DROZDOWSKI: Warszawa w latach 1914-1939 [Warschau in den Jahren 1914-1939], Warszawa 1990.

¹⁰ JANUSZ PAJEWSKI: Odbudowa państwa polskiego 1914-1918 [Der Wiederaufbau des polnischen Staates 1914-1918], Warszawa 1978.

Nachlässe zahlreicher Zeitzeugen einbezogen und somit eine ergiebige Arbeit für die Geschichte Polens – jedoch nicht im engeren Sinne Warschaus – im Ersten Weltkrieg geliefert.

Neben den oben genannten Gründen ergibt sich für die Erforschung der Zeit des Ersten Weltkriegs in Warschau darüber hinaus ein Manko angesichts der spärlichen Archivmaterialien, die 1944 vor den Flammen gerettet werden konnten und eine nicht allzu breite Basis für die fundierte Aufarbeitung jenes Kapitels der Warschauer Geschichte bieten. Somit ist der Wert von Tagebuchaufzeichnungen von Warschauer Zeitzeugen, die ebenfalls von Dunin-Źasowicz¹¹ ediert wurden, umso größer. Verwiesen sei an dieser Stelle auch auf die veröffentlichten Erinnerungen und Aufzeichnungen von Graf Bogdan Hutten-Czapski¹², Theobald von Bethmann-Hollweg¹³, Wolfgang von Kries¹⁴ und Paul Roth¹⁵.

Deutschsprachige Historiker konnten bei der Aufarbeitung der Besetzung Warschaus 1915-1918 auf eine viel solidere archivalische Überlieferung zurückgreifen. Die Arbeiten Werner Baslers¹⁶, Werner Conzes¹⁷, Fritz Fischers¹⁸ und Imanuel Geiss¹⁹ zur deutschen Kriegspolitik stützen ihre Argumentationen in erheblichem Maße auf die Akten des Deutschen Zentralarchivs in Potsdam und in Merseburg, auf die Akten des Auswärtigen Amtes und, im Falle Conzes, auf Originale sowie zuverlässige Abschriften amtlicher Akten, die vorwiegend den Schriftverkehr des Generalgouverneurs Hans von Beseler mit der Reichsleitung und der Obersten Heeresleitung sowie die Korrespondenz mit seiner Frau dokumentieren. In Werner Baslers Arbeit, einer Veröffentlichung des Instituts für Geschichte der Völker der UdSSR, ist die politische und ideologische Färbung von Sprache und Wahl des Forschungsgegenstands zwar sehr auffällig; dieses Werk zeichnet sich jedoch durch eine große Zahl von aufschlussreichen Archivquellen und einschlägiger Fachliteratur aus, die er auswertete.

¹¹ KRZYSZTOF DUNIN-ŹASOWICZ: *Warszawa w pamiętnikach pierwszej wojny światowej* [Warschau in Tagebüchern des Ersten Weltkriegs], Warszawa 1971.

¹² GRAF BOGDAN VON HUTTEN-CZAPSKI: *60 Jahre Politik und Gesellschaft*, Berlin 1936.

¹³ THEOBALD VON BETHMANN-HOLLWEG: *Betrachtungen zum Weltkriege*, Bd. 1-2, Berlin 1919-1921.

¹⁴ WOLFGANG VON KRIES: *Deutsche Staatsverwaltung in Russisch-Polen*, in: *Preußische Jahrbücher* 233 (1933), S. 130-156; DERS.: *Die wirtschaftliche Ausnutzung des Generalgouvernements Warschau*, ebenda 235 (1934), S. 221-248.

¹⁵ PAUL ROTH: *Die politische Entwicklung in Kongreßpolen während der deutschen Okkupation*, Leipzig 1919.

¹⁶ WERNER BASLER: *Die Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914-1918*, Berlin 1962.

¹⁷ WERNER CONZE: *Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg*, Köln 1958.

¹⁸ FRITZ FISCHER: *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-1918*, Düsseldorf 1964.

¹⁹ IMANUEL GEISS: *Der polnische Grenzstreifen*, Lübeck 1960.

In jüngerer Zeit leistete Abba Strazhas mit seiner 1993 veröffentlichten Arbeit²⁰ einen Beitrag gegen die generelle Fokussierung auf Westeuropa, gefolgt von Vejas Gabriel Liulevicius²¹, der ebenfalls zum Ausgleich dieses historiografischen Ungleichgewichts beitrug. Auch die komparative Analyse der beiden Weltkriege erfuhr in den letzten Jahren ein gewisses Echo²² und belebte somit die Diskussion über die Kontinuitätsthese vom „zweiten Dreißigjährigen Krieg“ (1914-1945).²³

Der deutsche Militärhistoriker Gerhard Paul Groß schloss sich ebenfalls einer Osteuropa zugewandten Betrachtungsweise an und ließ die Ergebnisse seiner Zusammenarbeit mit mehreren Autoren in eine Publikation über die Ostfront 1914-1915 münden.²⁴ In demselben Jahr publizierte Arkadiusz Stempin einen fundierten Aufsatz zur deutschen Bildungspolitik im besetzten Warschau²⁵, sodass man die erfreuliche Feststellung treffen kann, dass ein viel zu lange unbeachtet gebliebenes Forschungsfeld nun allmählich in gebührender Weise Berücksichtigung findet.

Warschau vor 1914

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs und der mit ihm einhergehende Konflikt zwischen den Teilungsmächten bedeuteten für die Polen einen lang ersehnten Moment und ließen Hoffnungen aufkeimen. Die dritte Teilung Polens hatte seit annähernd 120 Jahren Gültigkeit und war 1815 mit dem Wiener Kongress bekräftigt worden. Die nationalen Aufstände, die jedes Mal Hoffnung auf die Wiedergeburt eines polnischen Nationalstaats erweckt hatten, gehörten nun der Vergangenheit an. Warschau war formal gesehen nur die Hauptstadt des zum Zarenreich gehörenden Warschauer Generalgouvernements, des sogenannten *Przyslinskiy Kraj*, und auf besonders energische Weise russifiziert worden. Schaute man sich zu dieser Zeit in den Straßen der

²⁰ ABBA STRAZHAS: Deutsche Ostpolitik im Ersten Weltkrieg – Der Fall Oberost 1915-1917, Wiesbaden 1993.

²¹ VEJAS GABRIEL LIULEVICIUS: War Land on the Eastern Front: Culture, National Identity, and German Occupation in World War I, Cambridge 2000.

²² Einen Vergleich der deutschen Besatzungsherrschaften in Polen zieht EUGENIUSZ CEZARY KRÓL: Besatzungsherrschaft in Polen im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Charakteristik und Wahrnehmung, in: Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland 1914-1945, hrsg. von BRUNO THOB und HANS ERICH VOLKMANN, Paderborn 2002, S. 577-591.

²³ GERHARD HIRSCHFELD: Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg: Kriegserfahrungen in Deutschland. Neuere Ansätze und Überlegungen zu einem diachronen Vergleich, in: Zeitgeschichte-online, <http://www.zeitgeschichte-online.de/site/40208200/default.aspx> (Zugriff vom 14. Mai 2010).

²⁴ Der Osten – Die vergessene Front 1914/15, hrsg. von GERHARD PAUL GROß, Paderborn 2006.

²⁵ ARKADIUSZ STEMPIN: Die Wiedererrichtung einer polnischen Universität: Warschau unter deutscher Besatzung, in: Kollegen – Kommilitonen – Kämpfer. Europäische Universitäten im Ersten Weltkrieg, hrsg. von TRUDE MAURER, Stuttgart 2006, S. 127-145.

Stadt um, so waren die kyrillischen Aufschriften auf Geschäftsschildern und Informationstafeln unübersehbar, alle Straßen- und Platznamen zweisprachig vorzufinden und einige Denkmäler zu Ehren russischer Persönlichkeiten großzügig in Szene gesetzt worden.

Die in Warschau stationierten Truppen nicht mitgezählt, lebten zu Beginn des 20. Jahrhunderts rund 40 000²⁶ Russen in der Weichselmetropole, die in diversen Bereichen der Verwaltung tätig waren und somit auch für eine inhaltliche Beeinflussung und die Unterordnung des Stadtlebens unter die russische Oberherrschaft sorgten. Den Bewohnern Warschaus wurde der Gebrauch der russischen Sprache aufgezwungen, an der Universität und der Technischen Hochschule sowie in fast allen Schulstufen wurde auf Russisch gelehrt und auch die Lehrpläne wiesen in Fächern wie Geschichte, Geografie oder Literaturwissenschaften ein stark auf Russland zugeschnittenes Profil auf. In den Bereichen des Gesundheitswesens, der Justiz sowie der Aufsicht über die demografische Stadtentwicklung hatten der Generalgouverneur und der Oberpolizeimeister als dem Zaren unmittelbar untergeordnete Funktionsträger aus Sankt Petersburg einen erheblichen Spielraum bei der Umsetzung der entsprechenden administrativen und politischen Maßnahmen.²⁷

Polen, die ihre patriotischen Gefühle bekundeten, liefen Gefahr, in die Tiefen des Russischen Reiches deportiert zu werden, und auch die katholische Kirche unterlag als nationales Identifikationssymbol im Weichselgouvernement einer starken Diskriminierung, die u.a. in der Zahl und Dimension von russisch-orthodoxen Kirchen in Warschau ihren Ausdruck fand. Während auf die Stadtbevölkerung gerechnet 450 000 Katholiken über 55 Kirchen verfügten und die 300 000 jüdischen Bewohner über 76 Synagogen, hatten die nur 32 000²⁸ Einwohner russisch-orthodoxen Glaubens nicht weniger als 28 Kirchen²⁹ zur Verfügung, die offensichtlich zu den größten und prunkvollsten der Stadt zählten. Diese Zahl spiegelte keinesfalls die realen Bedürfnisse der Stadtbevölkerung wider. Das höchste Gebäude der Stadt, die russisch-orthodoxe Kathedrale mit ihren vergoldeten Kuppeln, ragte seit ihrer Einweihung im Jahr 1912 von allen Seiten unübersehbar in den Warschauer Himmel. Mit

²⁶ DUNIN-WĄSOWICZ, Warszawa w czasie (wie Anm. 6), S. 6.

²⁷ MALTE ROLF: Die Russen in Warschau, in: International Seminar on Russian and East European History. Oktober 2006, http://isem.susu.ac.ru/archen/rus_warshau_deutch (Zugriff vom 10. Februar 2008).

²⁸ Die Zahl der Bewohner russisch-orthodoxen Glaubens gibt KRZYSZTOF DUNIN-WĄSOWICZ, Warszawa w czasie (wie Anm. 6), dagegen mit 36 866 Personen im Jahr 1914 an.

²⁹ KAROLINA BEYLIN: Warszawa w latach 1900-1914 [Warschau in den Jahren 1900-1914], Warszawa 1972, S. 411. Rechnet man die im folgenden Abschnitt erwähnten 150 000 Militärangehörigen zu den 32 000 Einwohnern hinzu, so mag die Anzahl der Kirchen nicht mehr so hoch erscheinen. Unberührt davon bleibt jedoch die Repräsentativität der russisch-orthodoxen Bauwerke in Warschau, mit denen die Russen markante Symbole ihrer Herrschaft in der Stadt setzten.

dieser Kathedrale, und insbesondere ihrem Standort im Herzen der Stadt auf dem *Plac Saski* (heute *Plac Piłsudskiego*), sollte die russische Dominanz in der Metropole vollends versinnbildlicht werden.³⁰

Das russische Militär, das noch weitere rund 150 000³¹ Personen der Stadtbevölkerung ausmachte, diente als langer Arm des Zaren und hatte die Aufgabe, die dem Reich gewaltsam einverleibte Bevölkerung, die ihr Protestpotenzial in der Vergangenheit bereits mehrfach unter Beweis gestellt hatte, zu überwachen und einzuschüchtern.

Die Besonderheit des polnischen Teilungsgebiets ergab sich zum einen aus seinem historisch bedingten Sonderstatus im Russischen Reich und zum anderen aus seiner hohen Bevölkerungsdichte, seiner dichten Infrastruktur und seiner starken Ballung von Industriezweigen (Textil-, Metall-, Leder und Holzverarbeitung), die das sogenannte Weichselgouvernement zu einem wirtschaftlich und militärstrategisch höchst attraktiven Gebiet innerhalb des Russischen Reiches machten. Außerdem bedingte die westliche Randlage des Gouvernements eine weitere Besonderheit: Im ausgehenden 19. Jahrhundert sah sich das russische Imperium von einer baldigen militärischen Auseinandersetzung mit seinen größten europäischen Rivalen, dem Deutschen Reich und der Habsburgermonarchie, bedroht. Angesichts dieses erwarteten Konflikts sollte die westliche Peripherie des Reiches entlang der Narew-Weichsel-Linie als Verteidigungszone dienen und entsprechend befestigt werden. Im Zuge dieses Plans³², der gleichzeitig auch der Demonstration militärischer und technischer Möglichkeiten gegenüber dem Westen diente, sollte neben den Festungen Modlin und Dęblin auch Warschau mit erheblichen Mitteln ausgebaut werden. Außer einer überdurchschnittlich hohen Soldatenzahl³³

³⁰ Für weitere Informationen zu Bau, Standort und Symbolik der Aleksandr-Nevskij-Kathedrale in Warschau vgl. PIOTR PASZKIEWICZ: The Russian-Orthodox Cathedral of Saint Alexander Nevsky in Warsaw. From the History of Polish-Russian Relations, in: Polish Art Studies 14 (1992), S. 63-73.

³¹ WERNER BENECKE: Die Revolution des Jahres 1905 in der Geschichte Polens, in: Russland 1905. Perspektiven auf die erste Russische Revolution, hrsg. von MARTIN AUST und LUDWIG STEINDORFF, Frankfurt am Main 2007, S. 9-21, hier S. 13.

³² Mit dem Plan ist die „Weisung 18“ des russischen Generalstabs von 1879 gemeint, vgl. LECH KRÓLIKOWSKI: Twierdza Warszawa [Die Festung Warschau], Warszawa 1994, S. 14.

³³ BENECKE (wie Anm. 31), S. 13, nennt die folgenden Zahlen:

Wehrkreis	Zahl der Mannschaften	pro Quadratmeile	pro 1 000 männl. zivile Einwohner
Warschau	153 316	74,6	43,0
St. Petersburg	77 263	3,6	31,6
Wilna	111 279	15,7	20,7
Kiew	112 321	16,6	13,3
Moskau	83 814	4,4	7,4
Kazan'	28 185	0,7	2,9

(gemäß der Planungen sollten ca. 40%³⁴ aller Streitkräfte im Westen des Reiches stationiert werden) setzte sich der Warschauer Generalgouverneur Josif Hurko³⁵ Ende des 19. Jahrhunderts besonders energisch für den Bau einer Verteidigungsanlage ein, die, aus einer Reihe von Forts bestehend, zwei geschlossene Ringe um die Stadt bildete. Die Tatsache, dass jenseits des äußeren Ringes, also in der Verteidigungszone, ein strenges Bauverbot herrschte, schränkte die territoriale Entwicklung erheblich ein und beeinflusste die Lebensbedingungen in der wachsenden Metropole negativ.³⁶

Gerade im Zeitalter des industriellen Aufschwungs Warschaus waren viele Menschen auf der Suche nach Arbeit in die Stadt gekommen. Zusammen mit ihren Familienangehörigen machten die Arbeiter rund 400 000 der insgesamt 885 000 Einwohner Warschaus aus.³⁷ In der Regel arbeiteten sie im Handel, in der Gastronomie, im Verkehrswesen oder im öffentlichen Dienst. Ein großer Teil war darüber hinaus als unqualifizierte Tagelöhner, meistens im Bauwesen, tätig. Aus dieser Gruppe ging in der Regel eine starke Unterstützung sozialistischer Ideen hervor; politische Mitspracherechte hatte sie am Vorabend des Krieges jedoch kaum gehabt.

Das Warschauer Großbürgertum war zwar die zahlenmäßig kleinste, politisch jedoch einflussreichste Gruppe der Stadt. Mit einem Anteil von weniger als 10% an der Stadtbevölkerung versammelte sie Repräsentanten aus den Bereichen des Großgrund- und Immobilienbesitzes, des Bankwesens, des höheren Verwaltungsapparats sowie in Einzelfällen der Intelligenz.³⁸ Die Angehörigen dieser Schicht sympathisierten fast ausnahmslos mit dem konservativen nationaldemokratischen Lager, der *Endecja*³⁹, um auf diesem Wege den Erhalt ihrer sozialen Privilegien sicherzustellen. Im Verlauf des Krieges verlagerten sie sich von einer pro-russischen hin zu einer die Entente-mächte befürwortenden Haltung, durch die sie ihre Privilegien weniger stark gefährdet sahen.

Das Kleinbürgertum, zu dem vor allem Repräsentanten des Handels, des Gewerbes und der Kleinindustrie zählten, machte einen Anteil von 22% aus. Im Wesentlichen waren es die Warschauer Juden, die diese gesellschaftliche Gruppe repräsentierten und 1914 selbst 40% der Gesamtbevölkerung War-

³⁴ KRÓLIKOWSKI (wie Anm. 32), S. 14.

³⁵ Hurko war von 1883 bis 1894 der Generalgouverneur Warschaus, vgl. ebenda, S. 17.

³⁶ Ebenda, S. 95.

³⁷ DUNIN-WAŚOWICZ, Warszawa w czasie (wie Anm. 6), S. 102.

³⁸ Ebenda, S. 122.

³⁹ *Endecja* = *Narodowa Demokracja*. Ihre Anhänger setzten auf die Vereinigung aller polnischen Gebiete innerhalb eines föderativ-konstitutionellen russischen Staates mit dem Ziel der Expansion nach Preußen und Galizien. Im Sinne der propagierten Slaven-solidarität hofften sie, dass die russische Elite auf diesem Wege ihre politischen Fehler einsehen, Polen mehr Zugeständnisse machen und dem Bürgertum seine Privilegien sichern würde.

schaus ausmachten.⁴⁰ Eine Besonderheit, gewissermaßen aber auch ein Problem, das sich aus dieser Konstellation heraus für das Kleinbürgertum ergab, war die Tatsache, dass die jüdischen Kaufleute kaum Assimilationswillen zeigten und im Gegensatz zu den Juden innerhalb der Arbeiterschaft, der Intelligenz und des Bürgertums, die weitestgehend polonisiert lebten, stets eine nach außen hin abgeschlossene Gruppe bildeten. Indem die überwiegende Zahl der Warschauer Juden eine betont traditionsbewusste bis konservative Lebensweise pflegten, sich traditionell kleideten und in der Regel nur der jiddischen oder hebräischen Sprache mächtig waren, bildeten sie eine florierende Gemeinde, seinerzeit die größte in Europa. Andererseits gerieten sie so in eine isolierte Position, die sie im Gefüge des Stadtlebens immer fremd erscheinen ließ. Somit war es eine gängige Einstellung im Russischen Reich, die Juden als fremdes, quasi deutsches Element zu betrachten, zumal die Ähnlichkeit zwischen der jiddischen und deutschen Sprache solche Assoziationen beförderte. Auch wenn die relativ hohe Zahl von jüdischen Gebetshäusern in Warschau eine liberale Haltung der Teilungsmacht gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe suggerieren mag, waren die Juden stets starken Diskriminierungen ausgesetzt und schon vor dem Ersten Weltkrieg häufig Opfer von Pogromen gewesen, durch die das zarische Regime wiederum von innenpolitischen Problemen abzulenken versuchte.⁴¹

Die der Intelligenz angehörigen Ärzte, Anwälte, Journalisten, Architekten und Wissenschaftler machten 16% der Bevölkerung aus.⁴² In diesen Kreis fielen zu Beginn des Jahrhunderts viele Angehörige des russischen Verwaltungsapparates, Beschäftigte der Universität und Ingenieure, die im Sommer des Jahres 1915 in hoher Zahl die Stadt verlassen sollten. Die Zugehörigkeit zum russischen Verwaltungsapparat erlaubt es ebenfalls, Rückschlüsse der Betroffenen auf ihre politische Gesinnung zu ziehen: Neben diesem Teil der Intelligenz, der klar auf Seiten des Zarenreichs stand und somit auch die Zugehörigkeit des Weichsellandes zu Russland betonte, gab es eine Gruppe politisch engagierter Akademiker, die sich im Laufe der Zeit für die Unabhängigkeit Polens stark machte, ohne dabei auf eine der Teilungsmächte als Unterstützer zu zählen.⁴³

Insgesamt führten die fortgeschrittene industrielle Entwicklung sowie die Lähmung ökonomischer und vor allem politischer Entwicklungen durch das zarische Beamtentum im Weichselgouvernement zur Entwicklung eines an die nationale, aber auch gesellschaftliche Herkunft gebundenen Bewusstseins,

⁴⁰ DUNIN-WĄSOWICZ, *Warszawa w czasie* (wie Anm. 6), S.119.

⁴¹ Zur Situation der Warschauer Juden vor dem Ersten Weltkrieg vgl. PIOTR WRÓBEL: *Jewish Warsaw before the First World War*, in: *The Jews in Warsaw*, hrsg. von WŁADYSŁAW BARTOSZEWSKI und ANTONY POLONSKY, Oxford 1991, S. 246-277, sowie STEPHEN CORRISIN: *Aspects of Population Change and of Acculturation in Jewish Warsaw at the End of the Nineteenth Century*, ebenda, S. 212-231.

⁴² DUNIN-WĄSOWICZ, *Warszawa w czasie* (wie Anm. 6), S. 114.

⁴³ Ebenda, S. 117.

das von Unzufriedenheit geprägt war und daher günstige Voraussetzungen für die Entwicklung revolutionärer Untergrundparteien bot. Mit seinem Rekrutierungsappell für den Feldzug gegen Japan brachte das zarische Regime das Fass zum Überlaufen. Unter dem Einfluss der Ereignisse in Sankt Petersburg trat die ohnehin bereits aufgebrachte Bevölkerung des Königreichs Polen 1905 in eine fast zwei Jahre andauernde Phase von Streiks, bäuerlichen Unruhen, Anschlägen paramilitärischer Verbände und studentischer Proteste, die gegen das autokratische Unterdrückungssystem mit seinen scharfen sozialen Benachteiligungen gerichtet waren.⁴⁴ Angesichts der revolutionären Unruhen verkündete der Zar in seinem Oktobermanifest gewisse Lockerungen, die sich jedoch sehr bald schon als zur Beruhigung dienende Manöver vorübergehenden Charakters entpuppen sollten. Die zugestandene Plattform in der Reichsduma wollten unter den gegebenen Umständen nur wenige Nationaldemokraten nutzen, die, das Bürgertum Kongresspolens repräsentierend, auch weiterhin die dominante Kraft in Warschau waren und die Bindung an die russischen Oberschichten auch weiterhin gewährleisten wollten.⁴⁵

Das erste Kriegsjahr in Warschau

Auf der weltpolitischen Bühne war die Spannung zwischen den Imperien zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu einer unausweichlichen Krise angewachsen. Nicht nur für die Zukunft Polens, sondern auch für Warschau läutete das Attentat von Sarajevo einen wichtigen Zeitabschnitt ein, in der sich im Konkurrenzkampf um polnische Truppen viele neue Perspektiven ergaben.

Hoffnung auf die Mobilisierung polnischen Militärpotenzials bestand im Moment des Kriegsausbruchs auf allen drei Seiten: Vom preußischen Teilungsgebiet aus wurden gleich in der Nacht vom 7. zum 8. August aus einem Zeppelin Flugblätter über Tschenstochau (Częstochowa), Kalisch (Kalisz) und Kolo (Koło) abgeworfen, auf denen die Befreiung vom „moskowitzischen Joch“ und der kommende Sieg über die „asiatischen Horden“ verkündet wurden.⁴⁶ Die Doppelmonarchie bemühte sich zwei Tage später, mit einem Manifest ihres Oberkommandos nachzuziehen, doch aufgrund von internen Unstimmigkeiten, in deren Verlauf sich der ungarische Ministerpräsident István Tisza auf eine trialistisch gemeinte austro-polnische Lösung festlegen wollte, blieb es bei einem rein auf den militärischen Nutzen ausgerichteten Aufruf, der die Polen Galiziens ebenso wenig ansprach wie der von deutscher Seite.

⁴⁴ BENECKE (wie Anm. 31), S. 15.

⁴⁵ NORMAN DAVIES: *Boże igrzysko. Historia Polski* [Gottes Spielplatz. Eine Geschichte Polens], Kraków 2004, S. 842.

⁴⁶ Für den genauen Wortlaut des Aufrufs des Generalstabs der Mittelmächte vgl. KAZIMIERZ WŁADYSŁAW KUMANIECKI: *Zbiór najważniejszych dokumentów do powstania państwa polskiego* [Sammlung der wichtigsten Dokumente zur Wiedergründung des polnischen Staates], Kraków 1920, S. 25.

Das russische Manifest des Oberkommandierenden Nikolaj Nikolaevič Romanov dagegen erfuhr in Kongresspolen eine sehr positive Reaktion. In dem es eine „Freiheit des Glaubens, der Sprache“, „Selbstverwaltung“ sowie eine geplante „nationale Einigung unter dem Zepter des Zaren“⁴⁷ in Aussicht stellte, traf es genau den Nerv der Nationaldemokraten und rief somit eine starke Befürwortung von Seiten der kongresspolnischen Bevölkerung hervor. Obwohl das Manifest des Oberkommandierenden unkonkret formuliert und in seiner Umsetzung inkonsequent geblieben war, erfüllte es für den Moment doch seinen Zweck: die Aufrechterhaltung einer pro-russischen Stimmung in den maßgeblichen politischen Kreisen Warschaus. Somit konnte Zar Nikolaus II. wenige Tage nach Veröffentlichung seines Manifests mit größter Zufriedenheit auf den starken und von Begeisterung erfüllten Zulauf durch Warschauer Rekruten blicken. In der ganzen Stadt hingen Plakate, die in russischer Sprache zum Dienst aufriefen und die Bevölkerung der Stadt über das Eintreten des gefürchteten und doch lange erhofften Moments informierten: über die Mobilisierung zum Krieg. Der Literat und Journalist Czesław Jankowski, der als Gesandter in der ersten Duma politisch aktiv war und die Interessen der Konservativen vertrat, schrieb in seinen Erinnerungen an diese Tage:

„Die Menschen starren die roten, ausschließlich in der Amtssprache beschrifteten Plakate an, lesen den Text und treten verwirrt zurück – ohne gänzlich begriffen zu haben, was vor sich geht. Vielleicht können sie es auch einfach nicht fassen, dass das, wovon immer wieder mal die Rede war, nun tatsächlich geschieht: die Mobilisierung!“⁴⁸

In der Tat erfreute sich der russische Aufruf im Gegensatz zu dem der Mittelmächte großer Resonanz. In dieser Atmosphäre kam es zur Gründung des Polnischen Nationalkomitees (*Komitet Narodowy Polski*) durch die *Endecja* und die Partei der Realpolitik (*Stronnictwo Polityki Realnej*), deren führender Kopf Roman Dmowski wurde.⁴⁹ Die politische Idee des Komitees, das Zarenreich zu befürworten und zu unterstützen und so gleichzeitig die eigenen Privilegien zu sichern, ist maßgeblich als Gegenreaktion zu den Sozialisten aus Galizien zu sehen, deren Plan es war, zunächst an der Seite der Mittelmächte ihre Legionen aufzustellen und sich später, um die Freiheit zu erlangen, von diesen zu emanzipieren. In Warschau selbst wurde zwischen dem 6. und 8. September auf Initiative Piłsudskis die „Polnische Militärorganisation“ (*Polska Organizacja Wojskowa; POW*) gegründet und seinem Befehl unterstellt. Ihre Aufgabe bestand darin, möglichst viele Aktivisten – auch unterschiedlicher Gesinnung – zusammenzubringen und mit den Mitteln des bewaffneten Kampfes gegen Russland vorzugehen. Das Netz der POW breitete

⁴⁷ Für den genauen Wortlaut vgl. ebenda, S. 27.

⁴⁸ CZESŁAW JANKOWSKI: Pierwsze dni wojny – ostatnie dni Rosjan w Warszawie [Die ersten Kriegstage – die letzten Tage der Russen in Warschau], in: DUNIN-WĄSOWICZ, Warszawa w pamiętnikach (wie Anm. 11), S. 39-53, hier S. 44 f.

⁴⁹ DUNIN-WĄSOWICZ, Warszawa w pamiętnikach (wie Anm. 11), S. 496.

sich tatsächlich schnell aus und umfasste im Verlauf des Krieges die Städte Wilna, Petersburg, Kiew und sogar Odessa.⁵⁰

Angesichts der stark polarisierten Warschauer Gesellschaft gestaltete es sich nach Kriegsausbruch schwierig, eine Selbsthilfeorganisation ins Leben zu rufen, die sowohl die Interessen als auch die Nöte aller Bürger adäquat würde berücksichtigen können. Die Initiative zur Gründung des Bürgerkomitees Warschaus (*Komitet Obywatelski m.st. Warszawy*) ging schließlich vom Bürgertum und von der Intelligenz aus, die sich auf diesem Wege ein Organ mit zumindest beschränkten Tätigkeitsmöglichkeiten schufen. Mit Fürst Zdzisław Lubomirski⁵¹ an der Spitze fand es nur wenige Tage später die Anerkennung des Generalgouverneurs Jakow Żyliński⁵², genauso wie das auf kommunaler Ebene wirkende Zentrale Bürgerkomitee (*Centralny Komitet Obywatelski*), das kurz darauf mit Władysław Grabski⁵³ als Vorsitzendem ins Leben gerufen wurde. Das Bürgerkomitee kümmerte sich u.a. um die Lieferung und gerechte Verteilung von Gütern des täglichen Bedarfs; es richtete öffentliche Küchen, Teestuben und Unterkünfte für Obdachlose und Kriegsflüchtlinge ein und bemühte sich um die Vermittlung von Arbeitsstellen für mehrere Tausend Warschauer. Des Weiteren sah das Bürgerkomitee seine Aufgabe darin, privaten und öffentlichen Besitz vor den Militärtruppen zu schützen. Auf kommunaler Ebene verschafften sich die Bürgerkomitees eine selbstverwaltungsähnliche Struktur, die im Moment des Rückzugs der russischen Truppen aus Warschau eine entscheidende Rolle spielen sollte.

Die wirtschaftlichen Nöte und Belastungen, die in erster Linie die unteren Gesellschaftsschichten betrafen, machten sich bereits in den ersten Kriegsmonaten in der Metropole bemerkbar. Mehrere Fabriken wurden zwangsläufig stillgelegt, da die Lieferung von Rohstoffen, v.a. von Kohle, unterbrochen wurde und auch der Absatz ins Stocken geriet. Zusätzlich begann das Zarenreich mit der Evakuierung von Metallen, Maschinen und Teilen von Fabrikausstattungen. Aus einer Umfrage des Warschauer Industriellenvereins (*Towarzystwo Przemysłowców m.st. Warszawy*), die in 193 Unternehmen durchgeführt wurde, geht hervor, dass von den rund 32 000 Angestellten, die

⁵⁰ DROZDOWSKI (wie Anm. 9), S. 27.

⁵¹ Fürst Zdzisław Lubomirski (1865-1943) entstammte einer Adelsfamilie, die bereits seit mehreren Generationen sozial engagiert war. Lubomirski, studierter Jurist, war zwar Mitglied der konservativen Partei der Realpolitik, engagierte sich aber auch stark im sozialen Bereich, wo er die Bürgerhilfe organisierte und das Sanitätswesen unterstützte. 1914-1915 war er Vorsitzender des Bürgerkomitees, im August 1915 wurde er Stadtpräsident Warschaus und im Oktober 1917 einer von drei Regenten des Polnischen Königreichs. Vgl.: *Encyklopedia Warszawy* [Enzyklopädie Warschaus], bearb. von BARBARA PETROZOLON-SKOWOŃSKA, Warszawa 1994, S. 440-441.

⁵² Jakow G. Żyliński bekleidete 1914 für wenige Monate das Amt des Generalgouverneurs in Warschau. Vgl. ebenda, S. 204.

⁵³ Władysław Grabski (1874-1938), Politiker, Wirtschaftswissenschaftler und Historiker; 1905-1912 Gesandter in der Duma, 1914-1915 Vorsitzender des Zentralen Bürgerkomitees. Vgl. ebenda, S. 222.

Warschau vor Ausbruch des Krieges noch zählte, im Dezember des Jahres 1914 nur noch rund 17 000 tätig waren.⁵⁴ Das Produktionsvolumen sank bis 1915 im Vergleich zum Vorkriegsstand um ganze 75%.⁵⁵ Neben dem betroffenen Fachpersonal, das mitsamt der Fabrikausstattungen zum Umzug nach Russland gezwungen wurde, machte sich das Fehlen junger Facharbeiter, Techniker und Ingenieure infolge der Mobilisierung bemerkbar. Andererseits stieg durch die wirtschaftlich angespannte Lage in Warschau die Arbeitslosigkeit, was wiederum zur Verschärfung gesellschaftlicher Spannungen beitrug. Immer häufiger auftretende Versorgungsengpässe und steigende Preise verschärfen die Stimmung schon im ersten Kriegsjahr. Die anfängliche Euphorie sowie die Aussicht auf einen erfolgreichen und kurzen Krieg waren Kriegsmüdigkeit und Erschöpfung gewichen. Das Alltagsleben war zunehmend von Beschwerden gekennzeichnet, was zusammengenommen erste Schwankungen im pro-russischen Lager bewirkte.

Angesichts der stetig näher kommenden deutschen Front begannen ab Juli 1915 russische Beamte und Universitätsmitarbeiter mit ihren Familien die Stadt zu verlassen, technische Angestellte und ganze Fabrikbesetzungen wurden nun umso energischer evakuiert. Das Abrücken der russischen Besatzer aus dem Königreich Polen erfolgte nach dem Prinzip der „verbrannten Erde“, die neben der ohnehin bereits praktizierten wirtschaftlichen Ausbeutung eine zusätzliche Belastung für die Region bedeutete.⁵⁶ Auch in Warschau zerstörten die russischen Truppen die militärstrategisch wichtigen Bahnhöfe samt dem Schienennetz, sie demontierten Betriebe und Fabriken in manchen Fällen bis auf das Fundament, um sie in weiter östlich gelegenen Teilen des Reiches wieder aufzubauen. Zurückbleibende Betriebe wurden gesprengt oder verbrannt, die Warschauer Kanalisation, Gas- und Wasserleitungen blieben dagegen trotz einiger Zerstörungsversuche verschont.⁵⁷

Durch die Evakuierung der russischen Bewohner Warschaus und den Abzug der Truppen im Frühjahr und Sommer des Jahres 1915 veränderte sich die Bevölkerungszusammensetzung, und im Zusammenhang damit wandelte sich auch die Atmosphäre in der Stadt erheblich. Aus den statistischen Jahrbüchern der Stadt Warschau geht hervor, dass von den 40 000 russischen bzw. russisch-orthodoxen Einwohnern, die die Stadt im Jahre 1914 noch zählte, 1917 nur noch knapp 4 000 in Warschau verblieben sind; doch angesichts des deutschen Einmarsches im Sommer 1915 und der vorangegangenen russischen Evakuierung der Stadt ist zu vermuten, dass dieser Wert bereits im Sommer/Herbst 1915 Gültigkeit besessen hat.⁵⁸ Gleiches gilt für die russi-

⁵⁴ DROZDOWSKI (wie Anm. 9), S. 28.

⁵⁵ DUNIN-WĄSOWICZ, Warszawa w czasie (wie Anm. 6), S. 129.

⁵⁶ Ausführliches zu Flucht und Bevölkerungsbewegungen während des Ersten Weltkriegs bei PETER GATRELL: *A Whole Empire Walking: Refugees in Russia during World War I*, Bloomington – Indianapolis 2005.

⁵⁷ DĄBROWSKI (wie Anm. 5), S. 378 ff.

⁵⁸ DUNIN-WĄSOWICZ, Warszawa w czasie (wie Anm. 6), S. 94.

schen Truppen, die angesichts des unaufhaltsamen deutschen Vordringens abzurücken mussten. Neben dieser großen Zahl von Russen verließen auch mehrere Akteure aus den Reihen der *Endecja* und des Bürgerkomitees im Sommer 1915 die Stadt, so dass sich vorübergehend ein Verwaltungs- und Herrschaftsvakuum bildete, in dem die Machtverhältnisse neu sortiert werden und neue Perspektiven zu Tage treten sollten.

Der Einmarsch der deutschen Besatzer

Als die letzten russischen Truppen in der Nacht vom 4. zum 5. August die Weichsel überquerten und dabei alle drei Brücken der Stadt sprengten, schlug die Stunde des Warschauer Bürgerkomitees, das in dem kurzen Moment der Besatzungsfreiheit die Herrschaft an sich zog. Zusammen mit der Bürgerwache übernahm es die Kontrolle über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Stadt.⁵⁹ Am darauf folgenden Tag berief das Bürgerkomitee eine provisorische Stadtverwaltung (*Tymczasowy Zarząd Miasta*), die an die Stelle des russischen Magistrats treten sollte und die Anweisungen des Bürgerkomitees zu befolgen hatte. Allerdings blieb diese Herrschaft, genauso wie erste Machtdemonstrationen seitens der POW, nur von kurzer Dauer, da schon am Morgen des 5. August die ersten deutschen Truppenteile Warschau erreichten und die Herrschaft über die Stadt gewaltlos an sich zogen.

Der deutsche Einmarsch erfolgte weitestgehend ruhig, wobei die Warschauer Bevölkerung, ohne sich über den Abzug der Russen begeistert zu zeigen, die Truppen ‚beobachtete‘ und sich eher kritisch gegenüber den neuen Herrschern der Stadt verhielt. Der einzige Teil der Warschauer Bevölkerung, der eine positive Reaktion auf die Ankunft der deutschen Einheiten bekundete, waren die Juden, die sich auf Jiddisch weitestgehend barrierefrei mit ihnen verständigen konnten und darüber hinaus hofften, dass die Jahre der besonders harten Repressionen, denen sie unter der russischen Herrschaft ausgesetzt gewesen waren, nun vorbei sein würden.⁶⁰ Während vom östlichen Ufer aus die Russen noch letzte Salven abfeuerten, machten sich die deutschen Truppen mit der Stadt vertraut und bezogen die Gebäude, die ihnen als künftige Verwaltungssitze dienen sollten. „Die Deutschen waren bis ins Detail bestens über die Situation in Warschau informiert. Sie verfügten u.a. über genaue Pläne von Amtsgebäuden und verlangten bei der Einnahme, dass man ihnen konkrete Zimmer oder Säle zeigt“⁶¹, ist den Erinnerungen des Zeitzeugen Mieczysław Jankowski zu entnehmen, der während des Krieges u.a. in der Bürgerwache engagiert war und mit den Nationaldemokraten sympathisierte.

⁵⁹ Vgl. Encyklopedia Warszawy (wie Anm. 51), S. 571.

⁶⁰ DUNIN-WĄSOWICZ, Warszawa w czasie (wie Anm. 6), S. 22.

⁶¹ MIECZYŚLAW JANKOWSKI: Pierwsze dni okupacji niemieckiej [Die ersten Tage der deutschen Besatzung], in: DUNIN-WĄSOWICZ, Warszawa w pamiętnikach (wie Anm. 11), S. 129-144, hier S. 135 f.

Nachdem die deutschen Truppen auch das Rathaus eingenommen hatten, erreichte am 5. August Graf Bogdan Hutten-Czapski⁶², der in Warschau als Gesandter der deutschen Regierung eine wichtige Vermittlerrolle übernehmen sollte, die Stadt, um die Einnahmebedingungen mit dem Präsidenten des Bürgerkomitees, Fürst Lubomirski, zu besprechen. Obwohl zu diesen Verhandlungsgesprächen auch Vertreter der POW kamen, erkannten die deutschen Besatzer nur das Bürgerkomitee mit seiner Bürgerpolizei als provisorische Verwaltung (*Tymczasowy Zarząd Miasta*) der Stadt an;⁶³ die POW fand indes von Seiten der neuen Besatzungsmacht keine Akzeptanz und verließ schon nach wenigen Tagen die Stadt, um sich an der Front als Warschauer Bataillon den österreichischen Legionen anzuschließen.

Währenddessen ernannten die Deutschen Fürst Lubomirski zum neuen Stadtpräsidenten und Piotr Drzewiecki zu seinem Stellvertreter⁶⁴, womit sie gleich zu Beginn ihrer Anwesenheit ein Zeichen der Großzügigkeit setzten, zugleich aber auch erste repressive Schritte ihrer zweigleisigen Besatzungspolitik durchführten. Noch am 5. August musste das Bürgerkomitee auf Befehl der Deutschen einen Requisitionserlass⁶⁵ bekannt geben, mit dem die Warschauer dazu aufgefordert wurden, alle Gewehre abzugeben. Gleichzeitig erklärte es aber auch:

„Das städtische Bürgerkomitee Warschaus gibt bekannt, dass es die bisherigen städtischen und zivilen Amtsträger in ihren Funktionen ablöst und fortan die Obhut über die Stadt übernimmt. Das Komitee wird sich darum bemühen, Ordnung, Sicherheit und, im Rahmen des Möglichen, einen geregelten Lauf der Dinge einzuhalten. In Erwartung auf Kooperation seitens der Bürger, hofft das Bürgerkomitee darauf, dass all seine Anordnungen ausnahmslos befolgt und unterstützt werden.“⁶⁶

⁶² Bogdan Hutten-Czapski (1851-1937) stammte aus einer pommerschen Adelsfamilie und fühlte sich sowohl als Pole als auch als loyaler Preuße. 1914 wurde er zum Referenten für Ostfragen in der Politischen Abteilung des Großen Generalstabs ernannt, wobei sein Aufgabenbereich die Erkundung der nationalen Spannungen im Russischen Reich umfasste. 1915 wurde er zum Berater Hans von Beselers ernannt und war stets darum bemüht, zur Realisierung einer moderaten Polenpolitik beizutragen. Vgl. BOGDAN HUTTEN-CZAPSKI: *Zdobycie Warszawy w roku 1915* [Die Einnahme Warschaus im Jahr 1915], in: DUNIN-WĄSOWICZ, *Warszawa w pamiętnikach* (wie Anm. 11), S. 112-128, hier: S. 112 f., sowie BASLER (wie Anm. 16), S. 96 f.

⁶³ ADAM SZCZYPIORSKI: *Od Piotra Drzewieckiego do Stefana Starzyńskiego. Gospodarka komunalna m.st. Warszawy w latach 1915-1939*. [Von Piotr Drzewiecki bis Stefan Starzyński. Die Kommunalwirtschaft der Stadt Warschau in den Jahren 1915-1939], Wrocław 1968, S. 13.

⁶⁴ Ebenda, S.16.

⁶⁵ ALEKSANDER DE ROSSET: *Warszawa w dniach przełomu* [Warschau in den Tagen des Umbruchs], in: DUNIN-WĄSOWICZ, *Warszawa w pamiętnikach* (wie Anm. 11), S. 82-111, hier S. 94.

⁶⁶ Vgl. Bekanntmachung des Bürgerkomitees vom 5. August 1915, zitiert nach ebenda.

Obwohl die Herrschaftshierarchie eindeutig war, zeichnete sich von Anfang an ab, dass die polnischen Instanzen neben den deutschen einen gewissen Einfluss auf die Stadt und ihre Bürger haben würden und sich nicht in dem Maße der Herrschaft der Besatzer würden unterwerfen müssen wie zuvor unter der russischen Teilungsmacht. In seiner ersten Bekanntmachung als Generalgouverneur von Warschau brachte Beseler zum Ausdruck, dass er seine Aufgabe darin sehe,

„[...] in dem vom Krieg heimgesuchten Lande Ordnung und Ruhe aufrechtzuerhalten, und, soweit es sich mit der Fürsorge für unser im Kampf stehendes Heer vereinigen lässt, den zerrütteten Wohlstand wieder aufleben zu lassen. Ich fordere die Bevölkerung auf, mich in diesen Bestrebungen zu unterstützen.“⁶⁷

Bereits in der ersten Besatzungswoche verkündeten die Deutschen aus Sicht der Polen vielversprechende Absichten: Fortan sollte die polnische Sprache neben der deutschen gleichberechtigt als Verwaltungs- und Amtssprache benutzt werden dürfen⁶⁸, das Bürgerkomitee durfte Vorbereitungen zur erstmaligen Einführung der allgemeinen Schulpflicht⁶⁹ treffen und es zeichnete sich ein bevorstehender Aufschwung im politischen und kulturellen Leben ab, da die politische Aktivitäten von polnischen Gruppierungen und Parteien legalisiert werden sollte. Neben diesen verheißungsvollen Absichten machten die folgenden Verordnungen unmissverständlich klar, dass mit den Deutschen eine neue Zeit, gar eine neue Verwaltungskultur und Ordnung, in Warschau Einzug halten sollte: Die Uhrzeit Warschaus wurde an die mitteleuropäische angepasst sowie der Gregorianische Kalender eingeführt⁷⁰, der Rubel durch zunächst die deutsche, später die polnische Mark ersetzt⁷¹, und zum Ein- und Ausreisen aus dem Generalgouvernement den Bewohnern eine Passpflicht verordnet⁷², wofür die neue Passzentrale systematisch Ausweise mit Lichtbildern ausstellte. In seinen Erinnerungen fasste Jan Dąbrowski zusammen:

„Auf diese Weise hat sich eine der größten und nachhaltigsten Veränderungen ereignet, die der Weltkrieg in Europa bewirkt hatte; zugleich wurden auf diese Weise die Grundlagen für die Rückkehr eines ungeteilten Polens nach dem Scheitern des Novemberaufstandes geschaffen.“⁷³

⁶⁷ Vgl. VB, Nr. 1/1915.

⁶⁸ Ebenda.

⁶⁹ Die allgemeine Schulpflicht wurde am 23. August 1915 eingeführt. Ihre praktische Umsetzung erwies sich jedoch aufgrund der vorangegangenen Russifizierung des Bildungswesens und der Kriegsumstände als schwierig. Vgl. PAJEWSKI (wie Anm. 10), und DUNIN-WASOWICZ, *Warszawa w czasie* (wie Anm. 6), S. 193.

⁷⁰ Vgl. VB, Nr. 12/1915.

⁷¹ Ebenda, Nr. 28/1916.

⁷² Ebenda, Nr. 2/1915.

⁷³ DĄBROWSKI (wie Anm. 5), S. 381.

Doch soll der Eindruck von relativer Ruhe und einem geordneten Ablauf, den die deutschen Besatzer mit ihrem anfänglichen Vorgehen in der Metropole vermittelten, nicht darüber hinweg täuschen, dass gleichzeitig die wirtschaftliche Ausbeutung der Stadt und ihrer Bewohner ohne Einschränkung fortgesetzt wurde und sich in umfangreichen Requisitionserlassen⁷⁴ widerspiegelte: Es wurde die Beschlagnahmung aller Kartoffelvorräte im gesamten Generalgouvernement Warschau bekannt gegeben⁷⁵ sowie ein Ausfuhrverbot vor allem von Messing, Zink, Leder, Baumwolle, Leinerzeugnissen⁷⁶ angeordnet, das der Besatzungsmacht ohne Verzögerung den Zugriff auf diese Waren sicherte. Somit war die deutsche Herrschaft gleich in den ersten Tagen durch eine starke Ambivalenz – zwischen politischen und kulturellen Lockungen einerseits und dem kontrollierten Zugriff auf Ressourcen andererseits – gekennzeichnet.

Bis zum 23. August herrschte in Warschau eine militärische Verwaltung, und erst nach der Beilegung des deutsch-österreichischen Streites um den attraktiven Verwaltungssitz in der Weichselmetropole errichteten die deutschen Besatzer das „Kaiserlich-Deutsche Generalgouvernement Warschau“, das ungefähr die Hälfte des ehemaligen Königreichs umfasste und an dessen Spitze Generalgouverneur Hans von Beseler⁷⁷ mit seinem Berater Bogdan Hutten-Czapski standen.⁷⁸

Das politische Leben Warschaus unter der deutschen Besatzung

Trotz der restriktiven Maßnahmen, die eine Facette der deutschen Besatzungspolitik darstellten, machte sich in den ersten Wochen nach dem Einmarsch auch eine politische Belebung, gar ein Aufschwung in Warschau bemerkbar: Nachdem den unabhängigen Linken im Königreich in den Jahren der russischen Besatzung die Hände gebunden gewesen waren, ergriffen sie nun unter den neuen und liberaleren Bedingungen die Initiative und schlossen sich zu einem Zentralen Nationalkomitee (*Centralny Komitet Narodowy*;

⁷⁴ Dazu mehr im Abschnitt „Die wirtschaftliche Lage der Metropole“.

⁷⁵ Vgl. VB, Nr. 3/1915.

⁷⁶ DROZDOWSKI (wie Anm. 9), S. 35.

⁷⁷ Hans Hartwig von Beseler (1850-1921) begann sich erst nach seiner Ankunft in Warschau ausführlich über die polnische Geschichte zu informieren und über die Nationalliteratur ein tieferes Verständnis des Landes und seiner Bevölkerung zu gewinnen. Zahlreiche Gespräche mit Persönlichkeiten aller politischen Richtungen sowie mit Hutten-Czapski vermittelten ihm ein vielseitiges und differenziertes Bild der Lage, vgl.: CONZE (wie Anm. 17), S. 115 ff.; vgl. auch den Beitrag von ROBERT SPÄT: Für eine gemeinsame deutsch-polnische Zukunft? Hans Hartwig von Beseler als Generalgouverneur in Polen 1915-1918, im vorliegenden Heft, S. 469-500.

⁷⁸ Vgl. VB, Nr. 1/1915. Zum Chef der Zivilverwaltung wurde Wolfgang von Kries und zum Polizeipräsident Ernst von Glasenapp ernannt. Vgl. DUNIN-WĄSOWICZ, Warszawa w czasie (wie Anm. 6), S. 24.

CKN) zusammen, in dem vorwiegend Repräsentanten der Intelligenz versammelt waren. Somit schufen sie bereits im Dezember 1915 eine Organisation mit Artur Śliwiński an der Spitze, mit der sie im Sinne Piłsudskis den Aufbau eines unabhängigen polnischen Staates zu ihrem Ziel erklärten. Zu diesem Zweck knüpften sie an die Ideen des Januaraufstands von 1863 an und verfolgten eine scharf anti-russische Linie.⁷⁹ Schon bald gelang dem CKN darüber hinaus die Herausgabe eines kleinen Bulletins, mit dem es in bescheidenem Umfang über ein Medium zur Verbreitung seiner Ideen verfügte. Auf diesem Wege hielten sich die Aktivisten des CKN die Möglichkeit offen, die Idee der Legionen in völliger Unabhängigkeit von den Mittelmächten zu popularisieren.⁸⁰

Das Oberste Nationalkomitee (*Naczelny Komitet Narodowy*; NKN), das seit Kriegsausbruch in Galizien aktiv gewesen war, bekam dagegen Ende August ein offizielles Legionen-Büro in den *Aleje Jerozolimskie 55*, um so über einen ständigen Sitz für das militärische Departement des NKN zu verfügen und in einem angemessenen äußeren Rahmen verstärkt um Rekruten für die Streitkräfte der Mittelmächte zu werben. Während Władysław Sikorski diese Idee im Sinne der Besatzer vorantrieb, sah Piłsudski seine Aufgabe darin, genau diese Idee zu sabotieren und die Legionen seinem eigenen Kommando zu unterstellen.⁸¹

Der Gewerkschaftsrat Warschaus (*Rada Związków Zawodowych miasta Warszawy*), der bei Kriegsausbruch vom Zaren verboten und aufgelöst worden war, konnte seit dem 25. Oktober 1915 wieder legal agieren und für die Rechte der Arbeiter eintreten.⁸² Dieses Bündnis, das im Wesentlichen von den Sozialdemokraten des Königreichs Polen und Litauens (SDKPiL) sowie der Polnischen Sozialistischen Partei – Linke (PPS-*Lewica*) geprägt worden war, stand in diesem Fall stellvertretend für mehrere Gewerkschaften, die mit der Einnahme der Stadt durch die deutschen Truppen wieder zum Leben er wachten. Die Nationaldemokraten gründeten mit Unterstützung des Klerus die Vereinigung Christlicher Arbeiter (*Stowarzyszenie Robotników Chrześcijańskich*), und auch die bis 1915 unterdrückte jüdische Bevölkerung Warschaus konnte mit ihrem Zentralen Gewerkschaftsbüro in Warschau (*Biuro Centralne Branżowych Związków Zawodowych w Warszawie*) eine Repräsentation ihrer Arbeiter betreiben.⁸³ Allerdings muss gleichzeitig angemerkt werden, dass diese Form gewerkschaftspolitischer Belebung nur be-

⁷⁹ Das CKN war eine Vereinigung der PPS – *Frakcja Rewolucyjna*, der PSL, des *Narodowy Związek Robotniczy*, des *Związek Patriotów* und des *Związek Inteligencji Niepodległościowej*. Vgl. dazu DROZDOWSKI (wie Anm. 9), S. 40.

⁸⁰ STANISŁAW THUGUTT: *Po powrocie do Warszawy w lecie 1916 roku* [Nach der Rückkehr nach Warschau im Sommer 1916], in: DUNIN-WĄSOWICZ, *Warszawa w pamiętnikach* (wie Anm. 11), S. 186-199, hier S. 187.

⁸¹ DROZDOWSKI (wie Anm. 9), S. 38.

⁸² DUNIN-WĄSOWICZ, *Warszawa w czasie* (wie Anm. 6), S. 105.

⁸³ Ebenda, S. 106.

schränkten Zulauf erfuhr, da nur wenig über diese Organisationsstrukturen bekannt war. Eine viel stärkere Wirkung erzielte dagegen die indirekte Aktivität derselben politischen Gruppierungen im Bereich der Selbsthilfe, wie z.B. der Unterhaltung von Suppenküchen für die Arbeiter. Mit deren Leitung konnten die Linken jenseits des Warschauer Bürgerkomitees ein eigenes Netz zur Selbsthilfe ins Leben rufen und somit unabhängig von den bürgerlichen Organisatoren agieren. Über diese Schiene gelang es eher, in Kriegszeiten ein gewisses Solidaritätsbewusstsein unter den Arbeitern zu erwecken. Mit der Unterstützung des Arbeiter-Wirtschaftskomitees (*Robotniczy Komitet Gospodarczy*)⁸⁴ organisierten und verwirklichten die führenden Köpfe der Linken, befürwortet von einer Mehrheit der Arbeiter, zahlreiche Streiks, mit denen im Laufe der Kriegsjahre gegen die als grenzenlos empfundene Ausbeutung durch die Deutschen protestiert wurde.

In dem neuen politischen Klima entwickelte sich auch ein kleiner, dem Bildungsbürgertum entspringender Kreis pro-deutscher Sympathisanten. Um den Juristen Władysław Studnicki⁸⁵ bildete sich der germanophile Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens (*Klub Państwowców Polskich*), der in engem Anschluss an das Deutsche Reich und mit dessen voller Zustimmung negative Russlandpropaganda verbreiten sollte. Studnickis Hoffnung beruhte darauf, die polnische Staatlichkeit an der Seite der Großmacht Deutschland wiedererlangen zu können.⁸⁶ Seine historische Bedeutung ergab sich, trotz einer nur geringen Anhängerschaft in der Bevölkerung, aus seiner Fähigkeit, auf geschickte Weise den deutschen Vorstellungen entgegen zu kommen. Schon kurz nach Errichtung des Generalgouvernements nährte er die Hoffnung Hans von Beselers darauf, dass die Polen bereit sein würden, an der Seite der Mittelmächte gegen Russland zu kämpfen, wenn Deutschland ihnen Zugeständnisse für eine polnische Staatlichkeit machen würde. Somit stellte Studnicki Überlegungen an, die die deutschen Militärs ohnehin in Erwägung gezogen hatten.⁸⁷ Insgesamt erfuhr die Gruppe um Studnicki jedoch keine große Resonanz, da die Idee eines deutsch-polnischen Bündnisses bei den meisten Polen weiterhin auf Ablehnung stieß.

Als eine neue politische Kraft, die keineswegs isoliert, sondern mit erheblichen Auswirkungen auf das Stadtleben aktiv wurde, sind die Warschauer Juden zu nennen, die unter den neuen Herrschern bis dahin nicht gekannte Freiräume für politische Aktivitäten erhielten. Dies betraf insbesondere die traditionell lebenden Juden. Während die assimilierte jüdische Gemeinde

⁸⁴ Das Arbeiter-Wirtschaftskomitee entstand bereits im ersten Kriegsjahr, konnte allerdings erst unter der deutschen Besatzung legal agieren. Vgl. dazu DUNIN-WASOWICZ, *Warszawa w czasie* (wie Anm. 6), S. 109.

⁸⁵ Weitere Informationen zu den politischen Konzepten Studnickis finden sich in WŁADYSŁAW STUDNICKI: *Die Umgestaltung Mitteleuropas durch den Gegenwärtigen Krieg. Die Polenfrage in ihrer Internationalen Bedeutung*, Wien 1915.

⁸⁶ GEISS (wie Anm. 19), S. 34.

⁸⁷ Ebenda.

unter ihrem Vorsitzenden Michał Bergson völlig loyal mit dem Bürgerkomitee und der provisorischen Stadtverwaltung kooperierte und die Haltung der nicht säkularisierten Juden als verschlossen und zurückgeblieben verurteilte, gewannen letztere zunehmend an Einfluss. Nachdem sie ohnehin bereits von konservativen jüdischen Kreisen und von Rabbinern unterstützt worden waren, erfuhren sie seit Beginn der deutschen Besetzung Warschaus zusätzliche Unterstützung durch den Berliner Zionistenverband. 1916 kamen Vertreter orthodoxer Kreise aus dem Reich an die Weichsel, wo sie zusammen mit Warschauer Juden die Partei *Agudas Israel* ins Leben riefen, um ihre Interessen mit Zustimmung der deutschen Besatzer zu repräsentieren.⁸⁸ Neben der Forderung nach konfessioneller Gleichberechtigung kämpften sie auch für die Anerkennung der jiddischen Sprache im Schulwesen. Als Reaktion auf die Aktivitäten von *Agudas Israel*, die in erster Linie auf die Interessen der traditionell lebenden Juden eingingen, vereinigten sich die Warschauer Juden aus den Kreisen des Kleinbürgertums in der Jüdischen Volkspartei (*Żydowska Partia Ludowa*), um so neben kulturellen Forderungen vor allem auch wirtschaftliche in den Vordergrund stellen zu können.⁸⁹

In den Juden hatten die Deutschen seit Kriegsausbruch ein geeignetes Instrument für ihre anti-russische Propaganda gesehen und sie deswegen nicht nur auf andere Weise als die Russen behandelt⁹⁰, sondern auch tatkräftig aus Berlin unterstützt: In einem Bericht, den das Zentralkomitee des internationalen Zionistenverbands in Berlin dem Reichskanzler vorlegte, vertrat man die Meinung, dass die Juden ein „Werkzeug von unschätzbarem Wert für den Nachrichtendienst und unsere Agitationstätigkeit im Ausland [...] besonders für das Gebiet des russischen Reiches“⁹¹ seien und deswegen besonders unterstützt werden sollten. Aus dem gleichen Grund ließen die Deutschen auch die gewerkschaftliche Aktivität der Arbeiter zu, da sie neben der Möglichkeit der Revolutionierung Russlands aufgrund seiner nationalen Spannungen auch in der Zuspitzung sozialer Konflikte eine Chance zur Schwächung des Zarenreichs sahen.⁹²

Die Position der Nationaldemokraten in Warschau wurde dagegen immer schwächer. Seit dem Abzug der Russen befanden sie sich in einer schwierigen Situation, da ihre wichtigsten Vertreter mit den Truppen die Stadt verlassen hatten. Die wenigen vor Ort Verbliebenen vereinsamten langsam in

⁸⁸ DUNIN-WĄSOWICZ, Warszawa w czasie (wie Anm. 6), S. 33.

⁸⁹ Ebenda, S. 34.

⁹⁰ Dazu zählte auch, dass die Heilighaltung jüdischer Feiertage genehmigt wurde. Vgl. dazu: VB, Nr. 5/1915.

⁹¹ Denkschrift des Zionistenverbands vom 20. August 1914, zitiert nach FISCHER (wie Anm. 18), S. 169. Zur Situation der Warschauer Juden im Ersten Weltkrieg vgl. PIOTR WRÓBEL: The Twilight of Jewish Warsaw, in: The Jews in Warsaw [wie Anm. 41], S. 278-290.

⁹² Für ausführliche Zusammenhänge der nationalen und sozialen Revolutionierungspolitik der Deutschen im Ersten Weltkrieg vgl. FISCHER (wie Anm. 18), S. 149-177.

einer Stadt, die ihr Gesicht zu ändern begann und ihnen fremd wurde. In jener Phase der Verunsicherung zogen es die Nationaldemokraten vor abzuwarten, woraus sich seit dem Sommer 1915 der Name „Passivisten“ für dieses Lager entwickelte.⁹³

Auf administrativer Ebene vollzog sich ebenfalls ein Wandel, mit dem die deutschen Besatzer eine weitere riskante Konstellation mit den Polen eingingen, um ihre Großzügigkeit mittels einer weiteren Geste besatzungspolitischer Freigiebigkeit zu demonstrieren und ihre Gunst zu gewinnen: Nachdem Generalgouverneur Beseler am 10. Mai 1916 das Bürgerkomitee in seiner Funktion als Stadtverwaltung aufgelöst hatte, verkündete er am 19. Mai Wahlen zu einem neuen Stadtrat⁹⁴, um den die Warschauer seit mehr als fünfzig Jahren erfolglos gekämpft hatten.⁹⁵

Beide Besatzungsmächte, sowohl das Deutsche Reich in seinem nördlichen Besatzungsteil als auch die Doppelmonarchie im Süden, verfolgten mit der Verwaltung grundsätzlich ähnliche Ziele. Es kam darauf an, das Gebiet als Hinterland der kämpfenden Front im Sinne einer wirtschaftlichen Ressource zu nutzen, durch Verkehrserschließung und Aufrechterhaltung der Sicherheit zu entwickeln und schließlich den Aufbau des Landes zu fördern. Dazu verfolgten die Besatzer eine Taktik, mit der sie die Warschauer nicht nur im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu schonen, sondern durch eine verständnisvolle und gerechte Verwaltung auch zu gewinnen versuchten. Um den Bruch mit der russischen Vergangenheit zu unterstreichen und zugleich den Auftakt zu einer neuen Ära zu symbolisieren, sollte die Warschauer Zivilverwaltung nach preußischen Grundsätzen aufgebaut und die städtische Selbstverwaltung nach dem aus Preußen bekannten Muster eingeführt werden.⁹⁶ Dabei sollten die Wahlen zum Stadtrat nach dem Kurialsystem durchgeführt werden, um so den oberen Schichten, dem Bürgertum, das entscheidende Mitspracherecht zuzugestehen und die gesellschaftliche Hierarchie und Stabilität aufrecht zu erhalten.⁹⁷ Die künftige Stadtverwaltung sah neben dem Magistrat – bestehend aus dem Stadtpräsidenten, seinen zwei Stellvertretern, zwölf Räten und sechs Beamten, die alle von der Besatzungsmacht bestätigt werden sollten – einen Stadtrat mit 90 Räten vor, die von der Bevölkerung aus sechs Kurien zu wählen waren. Um die neue Möglichkeit der Einflussnahme im Wesentlichen auf das Bürgertum zu beschränken, definierten die ersten fünf Kurien ausschließlich Angehörige der oberen Schichten als ihre aktiven Wähler, denn solange die Macht bei ihnen verblieb, so das Kalkül, würden die Arbeiter

⁹³ Das Pendant zu den „Passivisten“ waren die „Aktivisten“, die Kontakt zu den Mittelmächten suchten und im Zusammenwirken mit ihnen hofften, die Unabhängigkeit Polens wiederzuerlangen. Die Grenzen zwischen den Lagern waren jedoch fließend, ihre Anhänger wechselten abhängig von der Kriegssituation oft die Seiten.

⁹⁴ Vgl. VB, Nr. 32/1916.

⁹⁵ SZCZYPIORSKI (wie Anm. 63), S. 13.

⁹⁶ CONZE (wie Anm. 17), S. 128.

⁹⁷ Ebenda, S. 127.

keine ausreichende Plattform für Proteste bekommen und das gesellschaftliche Gefüge zu Gunsten der Besatzer bestehen bleiben. Lediglich die Kurie VI, die sogenannte Arbeiterkurie, war offen für alle anderen Wählergruppen und somit als viel zu schmale Repräsentanz der größten Bevölkerungsgruppe Warschaus angedacht.

Nachdem die Wahlen in allen Kurien in der ersten Julihälfte durchgeführt worden waren, standen an der Spitze des neuen Magistrats, wie zuvor beim Provisorischen Stadtrat, Warschaus Präsident Fürst Zdzisław Lubomirski mit seinen beiden Stellvertretern Piotr Drzewiecki und Zdzisław Chmielecki, die allerdings unabhängig von den Wahlen durch den Generalgouverneur bestimmt wurden. Die Mandate der ersten fünf Kurien wurden an die vermögenden Schichten der Bevölkerung vergeben, in diesem Fall – trotz ihrer relativen Schwächung seit dem Abzug der Russen aus der Stadt – größtenteils an die Mitglieder der *Endecja* und anderer national-konservativer Gruppierungen. Die Mandate der sechsten Kurie dagegen teilten sich u.a. die Vertreter des Nationalen Wahlkomitees (*Narodowy Komitet Wyborowy*), des Jüdischen Volkskomitees (*Żydowski Komitet Ludowy*) sowie die Repräsentanten der PPS-*Lewica* und der SDKPiL. Angesichts einer so schmalen Repräsentanz der sechsten Kurie war das Wahlergebnis keineswegs gesellschaftlich ausgewogen, dennoch sollte festgehalten werden, dass dem neuen Stadtrat umfangreiche Befugnisse zugestanden wurden, die zuvor ausschließlich in den Händen des russischen Magistrats gelegen hatten. Die Vertreter der neuen *Rada Miejska* verwalteten sowohl das Vermögen als auch die Schulen Warschaus; sie waren zuständig für die Budgetplanung, für die Instandhaltung von Straßen und Plätzen, für die Sozialfürsorge und die Leitung von Krankenhäusern, für das Bildungswesen, die öffentliche Sicherheit etc.⁹⁸

Auch wenn die Entscheidungsgewalt über relevante Fragen nach wie vor in den Händen der Besatzer lag, machten die Repräsentanten des Stadtrats doch von ihren Rechten vollen Gebrauch. Auf diese Weise schufen die Deutschen während des Krieges die Rahmenbedingungen für Warschaus städtische Verwaltung, die in diesen Strukturen unabhängig von ihnen und bis in die Zeit der Zweiten Republik hinein bestehen bleiben sollte.⁹⁹ Ebenso muss die Einführung eines umfangreichen Steuersystems¹⁰⁰, mit dem die Deutschen die Bevölkerung in den besetzten Gebieten erfassten, als bedeutender Beitrag zu Etablierung neuer administrativer Strukturen angesehen werden.

Insgesamt war die Zulassung eines eigenen Stadtrats eine Besonderheit der deutschen Besatzungspraktiken, da in allen anderen besetzten Städten reichsdeutsche Bürgermeister eingesetzt wurden, um auf diese Weise die Bevormundung der unterworfenen Bevölkerungen sicher zu stellen. Nur in War-

⁹⁸ DROZDOWSKI (wie Anm. 9), S. 15.

⁹⁹ SZCZYPIORSKI (wie Anm. 63), S. 86.

¹⁰⁰ Zur Branntweinsteuer vgl. VB, Nr. 5/1915, zur Zigarettensteuer vgl. ebenda, Nr. 18/1915, zur Hundesteuer ebenda, Nr. 16/1915, zur Wohnsteuer ebenda, Nr. 31/1916, zur Handels- und Gewerbesteuer ebenda, Nr. 38/1916.

schau ließen sich die Deutschen auf diese Konstellation mit den Polen ein.¹⁰¹ Auf der anderen Seite jedoch verfolgten sie mit diesem Schritt auch ein eigennütziges Ziel, das nicht im Geringsten als Geste der Großzügigkeit, sondern vielmehr als ein weiterer Schritt ihrer Besatzungsstrategie zu werten ist: Mit der Entscheidung, einen Teil der städtischen und kommunalen Verwaltungskompetenzen an den polnischen Stadtrat abzugeben, verleiteten sie die Bevölkerung dazu, ihre Urteile zu differenzieren. Die Verantwortung für verwaltungspolitische Entscheidungen, die auch Skepsis oder Unzufriedenheit erweckten, sowie für wirtschaftliche Missstände konnte die deutschen Besatzer so auf geschickte Weise von sich weisen und bei der Suche nach Gründen für die kriegsbedingte negative Stimmung unter der Bevölkerung zumindest zum Teil von sich ablenken.

Die Kultur- und Bildungspolitik der Besatzer

Gemäß ihrem Vorhaben, die Zivilverwaltung im Generalgouvernement Warschau nach preußischem Muster aufzubauen, stimmten die Besatzer der Einführung der allgemeinen Schulpflicht zu¹⁰², um die hohe Analphabetenrate zu bekämpfen und der Bevölkerung eine elementare Bildung zu garantieren. Sowohl die Elementarschulen als auch die weiterführenden Gymnasien des *Privislinskij Kraj* waren im Wesentlichen inhaltlich und sprachlich der Russifizierung untergeordnet worden. Das Unterrichten von Fächern wie der Geschichte oder Geografie Polens unterlag bis zum Ende des Jahres 1914 einem strengen Verbot, das bis zum russischen Abzug aus Warschau nicht gelockert wurde. Stattdessen fuhr man damit fort, u.a. die Fächer Geschichte, Geografie und Literaturwissenschaften inhaltlich auf Russland ausgerichtet und in russischer Sprache zu lehren, da auch die Abiturprüfungen auf Russisch und vor russischen Kommissionen abgelegt werden mussten.

Mit dem Abzug der Russen aus der Weichselmetropole änderte sich die Situation auf einen Schlag: Zwar wurden den Polen auf diese Weise Zwänge genommen und neue Möglichkeiten eröffnet, doch fehlte es nun auch an Lehrern. Viel zu wenig Warschauer verfügten zu diesem Zeitpunkt über eine adäquate Bildung, um auf die frei gewordenen Positionen nachrücken zu können. In dieser Situation ergriff der Stadtrat, in dessen Zuständigkeitsbereich das Schulwesen fiel, schnell die Initiative: Seitdem der Polnische Schulverein (*Polska Macierz Szkolna*) seine Tätigkeit wieder aufnehmen dürfen, widmeten sich seine Mitglieder, weitestgehend frei von deutschen Richtlinien, der Förderung polnischer Bildung und dem Aufbau entsprechender Rahmenbedingungen. Auch wenn sich die Deutschen die Möglichkeit zur Einflussnahme auf die Entwicklungen im Warschauer Schulwesen dadurch sicherten, dass sie aus den eigenen Reihen Kuratoren stellten, hatte der Polnische Schulverein immer noch genügend Handlungsspielraum, um eigene

¹⁰¹ CONZE (wie Anm. 17), S. 128.

¹⁰² Siehe Anm. 69.

Vorstellungen umzusetzen. Vor dem Hintergrund, dass zuvor alle schulischen Angelegenheiten allein durch die Russen bestimmt worden waren, kann diese Entscheidung als große Neuerung und Emanzipierungsmöglichkeit für die Polen angesehen werden.

Auch in anderen Besatzungsgebieten, so z.B. in „Ober-Ost“, ließen sich die deutschen Besatzer in gewissem Umfang darauf ein, den Völkern im Bereich der Bildung Zugeständnisse zu machen. Zwar richteten sie im Baltikum – gemäß offizieller Stellungnahmen – aufgrund der Nähe zur Front keine Zivil-, sondern eine Militärverwaltung ein. In deren Rahmen gewährten sie der Bevölkerung aber ein gewisses Maß an kultureller Selbstbestimmung, wie z.B. die Gründung litauischer Volksschulen.¹⁰³ Nachdem es in „Ober-Ost“ nach dem Abzug der russischen Truppen ähnlich wie in Warschau zu einem Lehrermangel gekommen war, sah die Kulturverwaltung des Oberbefehlshabers Ost ihre Aufgabe darin, das Bildungssystem wieder in Betrieb zu setzen. Auch wenn die Unterrichtssprache je nach Region der Muttersprache der Bevölkerung angepasst wurde, so lag die komplette Aufsicht des Schulwesens doch ausschließlich bei den Chefs der Verwaltungsgebiete.¹⁰⁴ Insbesondere in der Anfangszeit unterrichteten deutsche Soldaten bzw. Militärlehrer, die erst nach und nach durch die neu ausgebildeten einheimischen Lehrer ersetzt werden konnten. An der inhaltlichen Ausgestaltung der Bildung ist jedoch der Unterschied zwischen dem liberaleren Warschauer Bildungssystem und dem autoritäreren in „Ober-Ost“ auffällig: Nach eigenen Angaben achteten die Besatzer in „Ober-Ost“ sehr stark darauf, den Schülern „Gehorsam und Respekt vor den Gesetzen“ zu vermitteln, sie an die „Achtung vor der deutschen Obrigkeit zu gewöhnen“ und die Prinzipien von „Fleiß, Wahrheit und Ehrfurcht vor den Eltern“ zu verkörpern.¹⁰⁵ Der leitende Gedanke für das Okkupationsgebiet „Ober-Ost“ insgesamt, das keinen mit Warschau vergleichbaren politischen und wirtschaftlichen Ballungsraum darstellte, bestand darin, das Land kulturell zu missionieren, wobei der deutsche Einfluss dieser Mission sehr dominant sein sollte. Auch wenn eine ganze Reihe mehrsprachiger (lettischer, polnischer, jiddischer, ruthenischer) Zeitungen in „Ober-Ost“ erschien, so war der Inhalt der Nachrichten doch stark von deutschen Wert- und Ordnungsvorstellungen geprägt, die die Soldaten in jenes „unkultivierte Land“ bringen sollten.¹⁰⁶

¹⁰³ STRAZHAS (wie Anm. 20), S. 64.

¹⁰⁴ Das Land Ober-Ost. Deutsche Arbeit in den Verwaltungsgebieten Kurland, Litauen und Bialystok-Grodno, Stuttgart 1917, S. 375.

¹⁰⁵ Ebenda.

¹⁰⁶ Ebenda, S. 136 ff. Liulevicius betrachtet dagegen angesichts der nationalen und konfessionellen Heterogenität der Bevölkerung „Ober-Osts“ – größtenteils aus Litauern und daneben aus Polen, Juden und Deutschen bestehend – eine national einheitliche Herangehensweise, wie sie in Warschau möglich war, für nicht durchführbar. Das Vorhandensein einer deutschen Minderheit erwies sich dagegen als Grundlage für die Idee einer langfristigen Germanisierung des ganzen Gebiets und seiner Angliederung an das Reich. Vgl. dazu LIULEVICIUS (wie Anm. 21), S. 113 ff.

In Warschau hingegen wäre diese Mission zum Scheitern verurteilt gewesen, da die Deutschen ihre Wertvorstellungen einer geistig und kulturell blühenden Metropole nicht widerstandslos oktroyieren konnten. Deswegen empfahl Reichskanzler Bethmann-Hollweg nach dem Prinzip von „Zuckerbrot und Peitsche“ ein möglichst entgegenkommendes Verhalten, wobei die deutsche Regierung die Taktik anwenden sollte, den Polen „an manchen Stellen an Stelle tatsächlicher Macht, den Schein der Macht zu geben“¹⁰⁷ und sie auf diese Weise für sich zu gewinnen. Indem sie ihre kulturelle und politische Besatzungspraxis betont milde handhabten, schufen die deutschen Besatzer einen Kontrast zur vorangegangenen Politik der Russen und schürten in der Bevölkerung eine anti-zarische Stimmung, die in der Tat immer weitere Wellen schlug.¹⁰⁸ Bei der Umsetzung dieser Richtlinie entschieden sich die deutschen Besatzer für ein Mittel, mit dem ihnen eine Geste von hoher symbolischer Bedeutung gelang. Im Herbst des Jahres 1915 ergriffen Zygmunt Dziembowski-Pomian¹⁰⁹ und Wolfgang von Kries die Initiative zur Wiedereröffnung der Universität, die nach ihrer vorangegangenen Russifizierung nun als polnische Hochschule ins Leben gerufen werden sollte.¹¹⁰

Zu diesem Zeitpunkt hatte allerdings schon die polnische Hochschulkommission, die seit Januar 1915 selbständig an einem Programm zur Wiederherstellung einer polnischen Universität gearbeitet hatte, bereits ein fertiges Vorlesungsverzeichnis für das Wintersemester 1915/1916 sowie eine Liste künftiger Professoren im Einvernehmen mit dem Bürgerkomitee ausgearbeitet und die Semestereröffnung für den 8. November angesetzt.¹¹¹ Prinzipiell deckten sich also die Absichten der Besatzer mit den Wünschen der Hochschulkommission, doch konstatierten die deutschen Besatzer darüber hinaus, welch ein „politisches und moralisches Kapital“¹¹² sich aus diesem Wunsch der Polen schlagen und wie leicht sich die Stimmung der Warschauer Bevölkerung mit solch einem Zugeständnis in die gewünschte Richtung lenken ließe. Aus diesem Grund „müsse eine etwaige Wiedereröffnung der Universität nach außen hin als ausschließlich deutsches Unterfangen dargestellt werden“¹¹³, um so die Deutschen als die einzigen Wohltäter herauszustellen und sich von den unerfüllten Versprechungen der Russen abzuheben. Mit dieser Initiative wollten die Deutschen also nicht nur glänzen,

¹⁰⁶ Schreiben des Reichskanzlers vom 6. Januar 1916, zitiert nach BASLER (wie Anm. 16), S. 125.

¹⁰⁷ Ebenda.

¹⁰⁸ Ebenda.

¹⁰⁹ Zygmunt Dziembowski-Pomian war für die Kontakte zwischen der Zivilverwaltung und dem Bürgerkomitee zuständig und im Herbst 1915 stark in der deutschen Initiative zur Universitätseröffnung engagiert. Vgl. dazu STEMPIN (wie Anm. 25), S. 131.

¹¹⁰ Vgl. VB, Nr. 8/1915.

¹¹¹ STEMPIN (wie Anm. 25), S. 129-130.

¹¹² Ebenda.

¹¹³ Zygmunt Dziembowski-Pomian an Wolfgang von Kries, zitiert nach ebenda, S. 131.

sondern auch die potenzielle Gefahr, die von politisch aktiven Intellektuellen ausging, neutralisieren, indem diese durch den Universitätsbetrieb von möglichen Protestgedanken gegen sie abgelenkt würden.

„Beseler, als Sohn eines hervorragenden Juraprofessors, erkannte sehr wohl, dass es nur die Wissenschaft sein kann, die jungen Menschen den richtigen Weg weist. [...] In seiner Rede betonte er, dass das Ziel der Eröffnung beider Warschauer Hochschulen darin bestehe, ‚die Jugend in Zeiten der kriegsbedingten Unruhe und zwangsläufiger Tatenlosigkeit zurück zum ruhigen und fruchtbaren Schaffen zu führen‘.“¹¹⁴

Unter diesen Voraussetzungen wurden mit großem Eifer und in Eile die Vorbereitungen in Angriff genommen, so dass bereits am 15. November 1915 die Warschauer Universität (UW) und die Technische Universität (*Politechnika Warszawska*) wiedereröffnet wurden¹¹⁵ – ein Ereignis, dem die Polen in der Tat einen hohen kulturpolitischen Wert beimaßen, wie Hutten-Czapski ausführte:

„Die Eröffnung der beiden Hochschulen verhallte keineswegs ohne ernsthaftes Echo in der polnischen Öffentlichkeit. Vielmehr wurde es nun zu einer Tatsache, dass die Deutschen – auch wenn sie keine politischen Versprechen machten oder gar versuchen, politisch relevante Momente zu kaschieren – dennoch nur wenige Monate nach Einnahme der Stadt dem Land die Möglichkeit gaben, sich kulturell und national zu entfalten; Die Russen hatten dagegen nichts, bis auf schön klingende Versprechen, gegeben. Die antirussischen Elemente sahen in dieser deutschen Konzession ein Entwicklungspotenzial, das insbesondere im politischen Bereich weiter ausgenutzt werden sollte.“¹¹⁶

Tatsächlich hatte bis zum Sommer 1915 der Anteil polnischer Studenten an der UW bei lediglich ca. 18, an der *Politechnika* bei nur ca. 20% gelegen, das Lehrpersonal sowie die Verwaltung waren gänzlich in russischer Hand. Es kam nur ein winziger Teil der polnischen Bewohner Warschaus in den Genuss einer universitären Bildung.¹¹⁷ Bei der Wiederinbetriebnahme der seit dem russischen Rückzug leer stehenden Hochschulen als polnische Einrichtungen sahen sich die deutschen Besatzer zunächst vor die Aufgabe gestellt, neues Personal, vor allem aber neue Professoren zu gewinnen. Wäh-

¹¹⁴ BOGDAN HUTTEN-CZAPSKI: Otwarcie Uniwersytetu Warszawskiego i Politechniki [Die Eröffnung der Warschauer Universität und der Technischen Universität], in: DUNIN-WĄSOWICZ, Warszawa w pamiętnikach (wie Anm. 11), S. 387-389, hier S. 388.

¹¹⁵ Vgl. VB, Nr. 8/1915. Siehe auch ANDRZEJ GARLICKI, ANDRZEJ CHOJNOWSKI: Dzieje Uniwersytetu Warszawskiego 1915-1939 [Die Geschichte der Warschauer Universität 1915-1939], Warszawa 1982, S. 21.

¹¹⁶ HUTTEN-CZAPSKI, Otwarcie (wie Anm. 114), S. 388.

¹¹⁷ DUNIN-WĄSOWICZ, Warszawa w czasie (wie Anm. 6), S. 198. Für detaillierte Angaben zur Studentenzahl, nach Konfessionen und Nationen getrennt und insbesondere zu ihrer Entwicklung unter dem Einfluss der revolutionären Unruhen von 1905, siehe auch HALINA KIEPURSKA: Uniwersytet Warszawski w latach 1899-1915 [Die Warschauer Universität in den Jahren 1899-1915], in: Dzieje Uniwersytetu Warszawskiego 1807-1915, hrsg. von STEFAN KIENIEWICZ, Warszawa 1981, S. 495-564, hier S. 552 f.

rend die Aufsicht über die Hochschulen sowie ihre Leitung Personen des pro-deutschen Lagers unterstanden (Bogdan Hutten-Czapski wurde zum Kurator der UW ernannt, Józef Brudziński, der seitdem umso stärker dem pro-deutschen Lager zugeneigt war, zum Rektor¹¹⁸), fanden sich unter den neuen Lehrenden Repräsentanten unterschiedlicher Gesinnungen und Orientierungen, die aus Warschau, Galizien und auch aus dem preußischen Teilungsgebiet an die Weichsel gekommen waren.

Trotz organisatorischer Schwierigkeiten nahmen die Warschauer diese Maßnahme der deutschen Besatzungspolitik mit großer Begeisterung auf, von der neuen Möglichkeit wurde reger Gebrauch gemacht: Während an der UW im akademischen Jahr 1915/1916 1 043 Studenten immatrikuliert waren, stieg ihre Zahl im Jahr 1917/1918 auf 1 612. An der *Politechnika* waren es zunächst 595 Studenten und 1917/1918 bereits 1 185.¹¹⁹ Die erstmalige Zulassung von Frauen zum Hochschulstudium muss aus dieser Konstellation heraus als eine bahnbrechende Neuerung im Warschauer Bildungswesen betrachtet werden, die auf das Konto der deutschen Besatzungspolitik geht. Während die Zulassung von Frauen zum Studium an der UW und der *Politechnika* unter der russischen Herrschaft gar verboten gewesen war, machte ihr Anteil im akademischen Jahr 1917/1918 bereits ca. 11% an der UW aus, an der *Politechnika* war er geringer.¹²⁰

Trotz einer gewissen Kontrolle, die daraus resultierte, dass die Universitätsrektoren ausschließlich vom Generalgouverneur ernannt wurden¹²¹, um so einer zu stark polnisch-nationalen Beeinflussung entgegenzuwirken, konnten die Warschauer zum ersten Mal seit langem die eigene Geschichte weitestgehend frei aufarbeiten und sich insbesondere der Zeit der zarischen Unterdrückungspolitik sowie der nationalen Aufstände gegen Russland widmen. Zu diesem Zweck gewährten die deutschen Besatzer den Warschauern Zutritt zu einer Reihe von Archiven – dem Finanzarchiv (*Archiwum Skarbowe*), dem Bildungsarchiv (*Archiwum Oświecenia*) und dem Hauptarchiv alter Akten (*Archiwum Główne Akt Dawnych*)¹²² –, die unter der russischen Teilungsherrschaft stets verschlossen geblieben waren, und schufen somit eine breitere Basis für wissenschaftliche Forschungen, im weiteren Sinne auch einen wichtigen Beitrag zur nationalen und kulturellen Bewusstseinsbildung der Polen. Die „Verordnung betreffend die Hinterlegung von Pflichtexemplaren in öffentlichen Bibliotheken“¹²³ ist ebenfalls in diese Reihe von nachhaltigen

¹¹⁸ STEMPIN (wie Anm. 25), S. 133.

¹¹⁹ DUNIN-WĄSOWICZ, Warszawa w czasie (wie Anm. 6), S. 199. Vergleichbare Angaben zu der schnell steigenden Studentenzahl an der UW machen auch: GARLICKI/CHOJNOWSKI (wie Anm. 115), S. 54 f.

¹²⁰ DUNIN-WĄSOWICZ, Warszawa w czasie (wie Anm. 6), S. 198.

¹²¹ Vgl. VB, Nr. 8/1915.

¹²² DUNIN-WĄSOWICZ, Warszawa w czasie (wie Anm. 6), S. 203.

¹²³ Vgl. VB, Nr. 56/1916.

Investitionen für die Nachkriegszeit einzuordnen. In dieser Verordnung heißt es:

„Im Interesse der Erhaltung des polnischen Schrifttums und zu gleich der polnischen Wissenschaft sollen fortan von jedem Werk, das im Gebiet des Generalgouvernements Warschau gedruckt oder verlegt wird, fünf Exemplare in öffentlichen Bibliotheken des genannten Gebietes zu dauernder Aufbewahrung hinterlegt werden. Und zwar sollen den Bibliotheken aus dem Empfang dieser Werke, die in der Mehrzahl erst nach langen Jahren der Gegenstand wissenschaftlicher Nachfragen sein werden, keine Kosten erwachsen. Vielmehr werden die beteiligten Gewerbe, denen diese Verpflichtung im öffentlichen Interesse auferlegt wird, darin eine billige Gegenleistung erkennen für den besonderen Schutz, den das öffentliche Recht ihren Erzeugnissen zuteil werden läßt.“

Die zuletzt erwähnten Erlasse kann man auch als weitere Schritte einer in sich abgestimmten Politik betrachten, mit der die Deutschen den Warschauern entgegenkommen und sie beschwichtigen wollten. Zumindest auf dem Reichstag erntete Beseler Lob für seine Arbeit, die Bethmann-Hollweg in ihrer Wirksamkeit gar als „Friedensarbeit hinter der Front“ wertete.¹²⁴ Hans von Beseler selbst fasste den Inhalt seiner Arbeit am 24. August 1916, dem Jahrestag der Errichtung des Generalgouvernements, in einer Rede dahingehend zusammen, dass er, so überliefert es Fritz Hartung, versucht habe,

„durch eine gerechte, wenn auch strenge Regierung das Land davon zu überzeugen, daß ihm nicht ein kaltherziger Eroberer, sondern ein fürsorglicher Hausvater gegenüberstehe. Zugleich deutete er in dieser Rede an, daß die deutsche Verwaltungsarbeit sich über die vorübergehenden Kriegsmaßnahmen hinaus das höhere Ziel stecke, dem Lande nach 140jähriger Knechtschaft seine Nationalität wiederzugeben.“¹²⁵

So gesehen ging die deutsche Rechnung auf, die Sympathie der Polen zu gewinnen und ihnen nicht das Gefühl zu geben, ein erobertes und unterworfenen Land zu sein.¹²⁶ Im Falle Warschaws, der einzigen Stadt dieser Größe und gesellschaftlichen Dynamik, die die Deutschen im Osten einnahmen, sahen sie die Politik der kulturellen Zugeständnisse als besonders wichtig an. Bethmann-Hollweg brachte seine diesbezügliche Überzeugung wie folgt zum Ausdruck: „Wir haben ein hervorragendes Interesse daran, daß die polnische Freiheitsbewegung bei Abschluß des Krieges ihre Spitze gegen

¹²⁴ Zitiert nach FRITZ HARTUNG: Deutschland und Polen während des Weltkrieges, in: Deutschland und Polen – Beiträge zu ihren geschichtlichen Beziehungen, hrsg. von ALBERT BRACKMANN, München – Berlin 1933, S. 244-258, hier S. 249.

¹²⁵ Zitiert nach ebenda, S. 250.

¹²⁶ Nach dem Kenntnisstand der Autorin stellte die Universitätseröffnung in Warschau als Beschwichtigungsmittel der deutschen Besatzungspolitik einen Einzelfall dar. Der Hinweis Fritz Fischers auf eine vom Reichskanzler geplante flämische Universität in Gent kann in diesem Zusammenhang nicht als Vergleichsfall für Warschau dienen, denn diese Maßnahme sollte vielmehr den Zweck erfüllen, den französischen Einfluss aus Belgien zu verdrängen. Vgl. dazu FISCHER (wie Anm. 18), S. 296.

Rußland und nicht gegen uns richtet.“¹²⁷ Hiervon ausgehend vertrat er die Meinung, dass die Deutschen ihre Politik möglichst geschickt einsetzen und auf diesem Weg den Polen den Schein einer Selbstbestimmung geben sollten. Um diesen Leitsatz der Besatzungspolitik auf effektive Weise umzusetzen, bemühten sich die Deutschen auch im Stadtbild, die russische Zeit Warschaus zur Vergangenheit zu erklären: Sie entfernten alle kyrillischen Beschriftungen sowie einige russische Denkmäler und polonisierten viele Straßennamen, die vorher z.B. Namen der Zarenfamilie getragen hatten.¹²⁸ Neben der Einführung einer Führerscheinpflcht ordneten sie eine standardisierte Kennzeichnung aller Fahrzeuge¹²⁹ an, wodurch sie ebenfalls im Stadtbild ein Zeichen kultureller Veränderung setzten.

Im Herbst des Jahres 1915 begann die Zivilverwaltung außerdem, das feierliche Begehen von wichtigen nationalen Feiertagen zuzulassen. Dies geschah u.a., indem eine Ausstellung zum Novemberaufstand organisiert wurde, Geburts- oder Todestage von bedeutenden Literaten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens feierlich hervorgehoben oder Gedenktafeln zu deren Ehren in der Stadt platziert wurden. Während sich allerdings die zuletzt genannten Gesten deutscher Großzügigkeit nur kleiner Zuschauerkreise erfreuen konnten, erzielten die Besatzer mit einem anderen Fest entschieden größere Wirkung: Nach ausführlichen Vorbereitungen beging man am 3. Mai 1916 große Feierlichkeiten zum 125. Jahrestag der polnischen Verfassung. Die Besatzungsmacht ließ den Umzug bewusst die wichtigsten Straßen und Alleen der Stadt passieren, um so möglichst viel Aufmerksamkeit und Begeisterung auf Seiten der Bevölkerung zu wecken. Auf diese Weise gelang es ihnen in der Tat, vor einem großen Publikum zu zeigen, dass sie im Rahmen ihrer Besatzungspolitik bereit waren, den Polen Räume für ihre kulturelle und daraus hervorgehend auch nationale Entfaltung zuzugestehen. Indem die deutschen Behörden die Politik der Russen in diesem Bereich konterkarierten, gelang es ihnen zumindest, die Stimmung gegen Russland weiter anzuheizen.

Die wirtschaftliche Lage der Metropole

Die vielen bisher genannten Neuerungen und Zugeständnisse, mit denen die Deutschen im Rahmen ihrer Besatzungspolitik den Warschauern entgegenkamen, dürfen allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass sie nur eine Seite der Doppelstrategie in der Besatzungspolitik in Warschau ausmachten. Die deutsche Motivation, den Polen kulturelle und in gewissem Umfang auch politische Freiheiten zu gewähren, resultierte aus der Notwendigkeit, das Generalgouvernement im Kampf gegen Russland als wirtschaftliche Ressource zu nutzen, ohne dabei die Bevölkerung gegen sich aufzubringen.

¹²⁷ Schreiben des Reichskanzlers vom 6. Januar 1916, zitiert nach BASLER (wie Anm. 16), S. 125.

¹²⁸ DUNIN-WAŚOWICZ, *Warszawa w czasie* (wie Anm. 6), S. 77 f.

¹²⁹ Vgl. VB, Nr. 16/1915.

Nachdem das Handels- und Wirtschaftsleben schon im ersten Kriegsjahr enorme Einbußen hatte hinnehmen müssen, wollten die deutschen Besatzer, genau so wie zuvor die Russen, Warschau und das Generalgouvernement zur wirtschaftlichen Bereicherung nutzen. Deswegen erließen die Deutschen eine Reihe von Requisitionserlassen, mit denen sie in erster Linie den Anforderungen ihrer Kriegsmaschinerie gerecht zu werden versuchten: Diese Verordnungen betrafen sowohl die im Generalgouvernement verfügbaren Waffen, Munition und Sprengstoff¹³⁰ als auch Petroleum¹³¹ und Metalle¹³². Da Warschau in erster Linie als industrieller Ballungsraum von hohem wirtschaftlichem Wert war, demontierten die deutschen Besatzer, wie schon die Russen bei ihrem Abzug, wertvolle elektronische Maschinen sowie wichtige Fabrikelemente, um diese ins Reich zu transportieren.¹³³ Um sich dagegen die benötigten Kriegsrohstoffe und wertvollen Mineralien im besetzten Gebiet zu sichern, erklärte die Besatzungsmacht ihren alleinigen Anspruch auf die Ausübung des Bergbaus mit einer Verordnung¹³⁴, die außerdem eine Aneignung dieser Rohstoffe durch Unbefugte unter Strafe stellte.

Des Weiteren war aber auch die Bevölkerung dazu verpflichtet, alle Nahrungsvorräte zu melden¹³⁵, um Requisitionen gezielter durchführen zu können und im Folgenden auch die Ernte – vor allem für das deutsche Heer, die deutsche Volkswirtschaft und erst an dritter Stelle für die Bevölkerung des Generalgouvernements – sicherzustellen.¹³⁶ Den Dörfern des Generalgouvernements, die im Gegensatz zur Stadt eine Möglichkeit darstellten, landwirtschaftliche Produkte zu requirieren, und unter diesem Gesichtspunkt materiell besser gestellt waren, zwang die deutsche Verwaltung Abgabekontingente für Korn und Fleisch auf. Wurden diese verweigert oder waren sie nicht zu realisieren, wurden zur Strafe andere Güter konfisziert.¹³⁷ Um den Schmuggel von Nahrungsmitteln aus dem ländlichen Umland zu verhindern, errichteten die deutschen Besatzer an allen nach Warschau führenden Haupt- und Nebenstraßen Gendarmerieposten. Jeder Passant wurde durchsucht und auch kleinste Lebensmittelportionen konfisziert, wie sich ein Zeitzeuge erinnert.¹³⁸ Dieses sorgfältige und schonungslose Requisitionssystem mit seinen Blockaden und Durchsuchungen führte schon nach kurzer Zeit zu ernsthaften Versorgungsengpässen, die in Kombination mit dem seit September 1915¹³⁹

¹³⁰ Vgl. ebenda, Nr. 10/1915.

¹³¹ Vgl. ebenda, Nr. 35/1916.

¹³² Vgl. ebenda, Nr. 40/1916.

¹³³ Vgl. ebenda, Nr. 53/1916.

¹³⁴ Vgl. ebenda, Nr. 17/1915.

¹³⁵ JANKOWSKI (wie Anm. 61), S. 135.

¹³⁶ Vgl. VB, Nr. 12/1915.

¹³⁷ HENRYK JANCZEWSKI: *Całe życie z Warszawą* [Ein ganzes Leben mit Warschau], Warszawa 1986, S. 18.

¹³⁸ Ebenda, S. 19.

¹³⁹ DUNIN-WĄSOWICZ, *Warszawa w czasie* (wie Anm. 6), S. 25.

eingeführten Kartensystem zur rationierten Lebensmittelausgabe die Bevölkerung Warschaus mit einer drohenden Hungersnot konfrontierten – die angeordneten Mengen reichten kaum aus, um den täglichen Mindestbedarf an Nahrung zu decken. Zudem wurde die Qualität der Nahrungsmittel durch die Beimischung fremder Substanzen wie z.B. Kastanien oder Sägemehl immer schlechter, was zur Unterernährung großer Bevölkerungsteile und zur erhöhten Anfälligkeit für Krankheiten und Epidemien führte.

Im Laufe der Zeit wurde das Stadtbild durch Warteschlangen für die Brot-, Kartoffel- und Zuckerausgabe geprägt, Fleischereien öffneten ohnehin nur noch an wenigen Wochentagen ihre Geschäfte, da es an Waren für einen durchgehenden Verkauf mangelte.¹⁴⁰ Diese Atmosphäre aus Kriegsmüdigkeit, Erschöpfung und steigender Unzufriedenheit, insbesondere seitens des armen Teils der Warschauer Bevölkerung, steigerte sich durch die stetig sinkenden Lebensmittelrationen, die noch geringer waren als jene im Deutschen Reich: Während im Oktober 1915 die tägliche Brotration gemäß der Lebensmittelkarten in Warschau 160 g betrug, lag sie im Deutschen Reich bei 225 g. Im Mai 1917 erhielten die Warschauer nur noch 131 g Brot und 205 g Kartoffeln, die Deutschen dagegen immer noch 237 g Brot und 357 g Kartoffeln. Vor dem Kriegsausbruch hatte der Tagesverzehr noch bei 720 g Brot gelegen.¹⁴¹

Die privilegierten Bevölkerungsgruppen Warschaus dagegen konnten sich dank des Schwarzhandels, der in jener Zeit aufblühte, zu überhöhten Preisen weiterhin eine gute Versorgung leisten. Indem es Händlern gelang, trotz der Durchsuchungen Waren aus dem Umland in die Stadt zu befördern, war jenseits des reglementierten Kartensystems so gut wie alles verfügbar, für den größten Teil der Bevölkerung jedoch unerschwinglich.

Die wirtschaftliche Ausbeutung Warschaus und des Generalgouvernements resultierte also einerseits aus der militärischen Notwendigkeit, die Truppen an der Front zu versorgen sowie die Kriegführung gegen Russland materiell zu ermöglichen und in Gang zu halten.¹⁴² Andererseits verfolgten die Deutschen mit dieser ausbeuterischen Politik das Ziel, die im Deutschen Reich entstehenden Nahrungsengpässe abzumildern, um so auch die deutsche Bevölkerung möglichst ruhig zu halten und keine Unzufriedenheit oder gar Protest gegen die politische Führung aufkommen zu lassen. Jenseits dieser Motive sahen Unternehmer und Großindustrielle im Krieg die Gelegenheit, ihre Einflussnahme zu erweitern und zu stabilisieren. Zu diesem Zweck forderten u.a. die Direktoren der Konzerne Thyssen und Krupp, Polen in den deutschen

¹⁴⁰ DUNIN-WĄSOWICZ, Warszawa w pamiętnikach (wie Anm. 11), S. 23. Die Erlasse zur Requisition von Kartoffeln, Butter, Eiern, Speck, Geflügel oder Vieh sowie die jährliche Sicherstellung der Ernte für die Bedürfnisse des Deutschen Reiches ziehen sich wie ein roter Faden durch die Verordnungsblätter.

¹⁴¹ Angaben von Stanisław Kruszewski, zitiert nach DUNIN-WĄSOWICZ, Warszawa w czasie (wie Anm. 6), S. 174.

¹⁴² Vgl. VB, Nr. 12/1915.

Zollverband aufzunehmen, um durch entsprechende Handels- und Schifffahrtsverträge diverse Kosten, die aus den Einfuhrabgaben entstanden, wegfällen zu lassen und die Einflussnahme deutschen Kapitals auf das polnische Wirtschaftsleben zu sichern. Sowohl die politische Gruppe um Władysław Studnicki als auch polnische Industrielle bekundeten ihr Interesse an einer derartigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, wenn im Gegenzug Zugeständnisse im Bereich der polnischen Staatlichkeit gemacht würden. So konnte Hutten-Czapski am 2. Juni 1916 dem Reichskanzler berichten, dass „der Plan eines formell vollständig unabhängigen, aber im engen politischen und wirtschaftlichen, durch bindende Verträge gesicherten Bündnis mit Deutschland stehenden polnischen Staates immer mehr an Boden gewinnt.“¹⁴³ Im Juni 1916 kam es tatsächlich zum Treffen einer deutschen Wirtschaftsdelegation mit Warschauer Industriellen.

Ein autonomes Königreich Polen?

Während die deutsche Besatzungspolitik in Warschau eine Entwicklung nahm, deren Ausgang noch ungewiss war, spitzte sich im Sommer 1916 die Lage bei Verdun zu und zwang die Oberste Heeresleitung, anderweitig Verstärkung zu mobilisieren: Die Rekrutierung polnischer Streitkräfte als Verstärkung der Mittelmächte an der Ostfront schien in jenem Moment eine problematische, zugleich jedoch die einzige Lösung zu sein, um den weiteren Kriegsverlauf erfolgreich zu gestalten.

In nicht unerheblichem Maße beeinflusst von Hans von Beseler und Władysław Studnicki, die beide davon überzeugt waren, dass für die Mittelmächte die Gründung eines polnischen Staates eine militärische Verstärkung durch Polen nach sich ziehen würde, und unter dem massiven Druck der militärischen Lage kamen die Mittelmächte schließlich zu einer Kompromisslösung. Ihre wesentlichen Eckpunkte besagten, dass eine erbliche Monarchie mit konstitutioneller Nationalversammlung geschaffen werden solle, die nur zur Entgegennahme der Verfassung und zur Bekanntgabe des Königs oder eines Regenten zusammentreten dürfe. Die Festlegung der Staatsgrenze und des Regenten sollte zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen, und es sollte eine polnische Armee gegründet werden, deren Organisation und Führung in gemeinsamem Einvernehmen geregelt würde.

Am 5. November 1916 präsentierten die beiden Generalgouverneure Karl Kuk und Beseler zeitgleich in Lublin und in Warschau das Ergebnis ihrer langwierigen Verhandlungen, wobei der Wortlaut recht unpräzise blieb.¹⁴⁴ Die feierlich klingenden, doch gleichzeitig äußerst unkonkreten Formulierungen konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieser Akt aus der Not heraus geboren war. Während er in den politischen Kreisen des Bürgertums ein gewisses Echo hervorrief und insbesondere beim *Klub Państwowowców*

¹⁴³ Zitiert nach BASLER (wie Anm. 16), S. 140.

¹⁴⁴ Für den Wortlaut der Proklamation vgl. VB, Nr. 51/1916.

Polskich um Studnicki für uneingeschränkte Begeisterung sorgte, war für den Großteil der Warschauer der Zusammenhang zwischen der Proklamation und dem Anwerben polnischer Soldaten für den Kampf gegen Russland zu offensichtlich.¹⁴⁵ Vor allem die SDKPiL und die PPS-Lewica verurteilten im Namen der Arbeiter den Akt als Betrug und warfen den Besatzern eine rücksichtslose Unterdrückung der polnischen Bevölkerung vor.¹⁴⁶

Die kurze Euphorie, die die Proklamation bewirkt hatte, wurde außerdem durch den bald darauf folgenden Militäraufruf erstickt und machte einer zunehmenden Unzufriedenheit gegenüber den Mittelmächten Platz. Vor dem Hintergrund der bereits im Oktober erlassenen „Verordnung über die Bekämpfung der Arbeitsscheu“¹⁴⁷ und der nur schleppend anlaufenden Umsetzung der proklamierten polnischen Staatlichkeit trat die Eigennützigkeit des deutschen Handelns umso deutlicher zu Tage; im Ergebnis war die gewagte Entscheidung zum Akt vom 5. November ein klarer Misserfolg, da sich bis zum Ende des Jahres 1916 lediglich rund 200 Männer aus beiden Generalgouvernements zum Dienst in der „polnischen Armee“ meldeten, die Geduld der Warschauer Bevölkerung gegenüber der deutschen Besatzungsmacht dagegen schwand.¹⁴⁸

Das Jahr 1917 begann in Warschau in einer Atmosphäre größter Unzufriedenheit, die sich im Wesentlichen aus den leeren Versprechungen der Novemberproklamation sowie der stetig schlechter werdenden materiellen Lage großer Bevölkerungsteile speiste. Hunger, Erschöpfung und immer neue Epidemien, die trotz großer Investitionen der Deutschen im Gesundheitswesen¹⁴⁹ immer mehr Menschen befielen, gaben Anlass zu ersten Arbeiterstreiks gegen die Kriegführung Deutschlands, die als Ursache der fatalen materiellen Umstände angesehen wurde.¹⁵⁰ In dieser Stimmung erreichte

¹⁴⁵ In den Tagen unmittelbar nach der Proklamation berichtete die Warschauer Tagespresse vielfach mit großer Begeisterung über den Akt als „großzügige Geste der Besatzer“ (Gazeta Poranna – 2 Grosze, Nr. 308/1916) und „Schritt zur Emanzipation Polens nach mehr als hundert Jahren Knechtschaft“ (Kurier Warszawski, Nr. 308/1916). Kritische Stimmen verurteilten die Proklamation dagegen als „Augenwischerei“ und „leere Versprechen“ (Kurier Polski, Nr. 310/1916); auch in der internationalen Presse wies man auf die klare Eigennützigkeit des Aktes für die Mittelmächte hin (Auszüge in Kurier Polski, Nr. 311/1916).

¹⁴⁶ BASLER (wie Anm. 16), S. 156 f.

¹⁴⁷ Vgl. VB, Nr. 47/1916.

¹⁴⁸ BASLER (wie Anm. 16), S. 166.

¹⁴⁹ Ungeachtet der enormen wirtschaftlichen Belastungen, die die Besatzungsmacht der Bevölkerung Warschaus auferlegte, müssen die Bemühungen und Investitionen im Bereich des Gesundheitswesens und der Hygiene als vorbildlich hervorgehoben werden. Diese umfassten u.a. die Anzeigepflicht von Infektionskrankheiten (VB, Nr. 2/1915) sowie Maßnahmen zur Verhütung der Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten im Ostheer (VB, Nr. 12/1915), die Bekämpfung der Rinderpest (VB, Nr. 6/1915) und die allgemeine Seuchentilgung (VB, Nr. 10/1915).

¹⁵⁰ DROZDOWSKI (wie Anm. 9), S. 54.

Anfang März die Nachricht vom Sturz des Zaren die Warschauer Bevölkerung und weckte ihr großes Interesse. Generalgouverneur von Beseler erkannte genau die Brisanz der Lage und appellierte an den Reichskanzler, dem Provisorischen Staatsrat, der mit großer Verzögerung als Versprechen der Novemberproklamation ins Leben gerufen worden war, entgegenzukommen, da dieser sonst jedes Ansehen in Polen zu verlieren und die Situation infolgedessen zu eskalieren drohe. Aus Furcht vor einem weiteren Eskalieren der aufgebrachtten Stimmung empfahl er, dass man es verstehen müsse, „sich durch ein gewisses Entgegenkommen und Nachgiebigkeit in kleinen Dingen die Führung zu sichern, nur so wird es vielleicht möglich sein, allmählich noch unsere ursprünglichen Ziele zu erreichen“¹⁵¹. Gleichzeitig betonte er jedoch, dass das grundsätzliche Ziel der deutschen Polenpolitik weiterhin die Schaffung eines wirtschaftlich und militärisch von Deutschland abhängigen Staates bleiben müsse. Doch während die deutsche Regierung diesen Überlegungen nachging, verschärfte sich die Stimmung unter der Warschauer Bevölkerung immer mehr. Die Feierlichkeiten zum 3. Mai 1917 eskalierten zu anti-deutschen Kundgebungen, die maßgeblich von den Studenten der beiden Warschauer Hochschulen getragen wurden. Angesichts der dabei skandierten Parolen, die deutsche Verwaltung abzuschaffen und Beseler zurück nach Berlin zu beordern, wurde klar, dass sich die Erwartung, die jungen Intellektuellen Warschaus mithilfe der Universitäten abzulenken, in ihr Gegenteil verkehrt hatte: Ihre volle Aufmerksamkeit hatten die Studenten auf die Besatzer gelenkt und die Universitäten so zu politischen Pulverfässern werden lassen.

Unter dem Einfluss dieser und der in Russland an Stärke gewinnenden Strömungen kam es immer häufiger zu Arbeiterstreiks, deren anfänglich materiell begründete Forderungen zunehmend einen gegen die Besatzer gerichteten politischen Charakter gewannen. Nach der Versammlung der PPS vom 7. bis 10. Juni 1917 hielten die Sozialisten in ihrem Parteibeschluss fest:

„Das Vorgehen der deutschen Besatzungsmacht wühlt die ganze Bevölkerung auf, insbesondere die Arbeiter, und beschert dem Land darüber hinaus lang anhaltende Schäden – das lässt sich in keinerlei Weise rechtfertigen. Aus diesem Verhalten lässt sich nicht nur eine skrupellose Ausbeutung unseres Landes ganz klar ablesen, sondern auch die Absicht, uns eine langfristige Abhängigkeit von Deutschland und Österreich zu verordnen. Dieser Okkupationspolitik müssen wir uns energisch widersetzen.“¹⁵²

Trotz aller Zugeständnisse, die die Deutschen im Zuge ihrer Politik zu gewähren bereit waren, konnte aufgrund des alten Misstrauens gegenüber Preußen, insbesondere aber vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Auswirkungen der deutschen Kriegspolitik in Warschau, von einer nennenswerten pro-deutschen Stimmung keine Rede mehr sein. Auch wenn die politischen

¹⁵¹ Schreiben Beselers an den Reichskanzler vom 1. Mai 1917, zitiert nach BASLER (wie Anm. 16), S. 182.

¹⁵² Zeitschrift *Robotnik* vom Juli 1917, zitiert nach DROZDOWSKI (wie Anm. 9), S. 58.

Freiräume und vielen Innovationen im Alltag während der deutschen Präsenz in Warschau spürbar waren, so war die Haltung der Polen gegenüber den Deutschen doch gespalten. Auch Beseler beurteilte die Lage in Warschau skeptisch, wenn er festhielt, dass der Pole im Grunde nach wie vor „deutschfeindlich“ sei: „Was wir den Polen an Befreiung oder Freiheit gebracht, [...] das beanspruchen sie als eine selbst erworbene Abschlagszahlung auf ihr gutes Recht.“¹⁵³ Während der Hass gegenüber den Russen und ihrer langjährigen Praxis der Unterdrückungspolitik langsam in Vergessenheit gerate, werde stattdessen „die Erinnerung an so manche in der bestechlichen und liederlichen russischen Verwaltung begründet gewesene Bequemlichkeit und Annehmlichkeit [...] wieder wach“¹⁵⁴.

Die Lage der Deutschen in Warschau begann sich seit der Novemberproklamation zu verschlechtern, und darüber hinaus richtete sich die Aufmerksamkeit der Warschauer Bevölkerung nun verstärkt auf die Staaten der Entente, die, seit April 1917 durch die USA verstärkt, neue politische Rahmenbedingungen für Polen zu definieren begannen und somit als die viel attraktiveren Gesprächspartner erschienen.

Die Meldungen aus Russland, wo nach der relativ ruhigen, jedoch ergebnislosen Übergangszeit seit dem Zarensturz im März die von Gewalt geprägte Oktoberrevolution der Bolschewiki wütete, drängten die Politik der deutschen Besatzer ebenfalls an den Rand. Diese Nachrichten, die trotz Zensur und eingeschränkter Presseauflagen bis nach Warschau durchsickerten, riefen unter der Bevölkerung größte Aufregung hervor.¹⁵⁵ Als schließlich zu Beginn des Jahres 1918 die Nachricht über den so genannten „Brotfrieden“ zwischen dem Deutschen Reich und einer vorläufigen ukrainischen Regierung Warschau erreichte, verschlechterte sich die Stimmung bis auf das Äußerste: Die klare Ablehnung der Besatzer, die in erneuten Protestbewegungen aus nahezu allen politischen Lagern artikuliert wurde, sowie die Forderung nach Unabhängigkeit und Unversehrtheit Polens wurden immer unmissverständlicher, die Hoffnung der deutschen Besatzer auf eine Verbesserung ihrer Lage dagegen immer geringer. Letzte Annäherungsversuche an die Mittelmächte, die im Frühjahr und Sommer 1918 von den bürgerlichen Vertretern des Aktivistischen Lagers unternommen wurden, um zu starke Auswirkungen der bolschewistischen Revolution auf Polen einzudämmen¹⁵⁶, verliefen ergebnislos im Sande. Stattdessen sah sich die deutsche Besatzungsmacht dazu gezwungen, angesichts der wachsenden Opposition die Repressionen gegen die aufgebrauchte Warschauer Bevölkerung zu verschärfen.

¹⁵³ Brief Beselers an den Reichskanzler vom 2. März 1916, zitiert nach CONZE (wie Anm. 17), S. 147.

¹⁵⁴ Ebenda.

¹⁵⁵ Die bürgerlichen Blätter *Kurier Polski*, *Kurier Warszawski*, *Przegląd Poranny* und *Przegląd Wieczorny* schafften es, in jener Zeit über die Ereignisse aus Russland zu berichten. Vgl. dazu DROZDOWSKI (wie Anm. 9), S. 60.

¹⁵⁶ DUNIN-WĄSOWICZ, Warszawa w czasie (wie Anm. 6), S. 61.

Zusammenfassung

Als Ergebnis der Untersuchung kann festgehalten werden, dass der deutsche Umgang mit den Besonderheiten und Herausforderungen Warschaus eindeutig zu einem Wandel der Stadt führte. Dabei wurde zwischen militärstrategischen Entscheidungen und kalkulierter besatzungspolitischer Strategie differenziert und verdeutlicht, in welchen Fällen die deutschen Besatzer auf bereits erprobte Mittel der Besatzungspolitik zurückgriffen und wo sie sich hingegen auf unbekannte und nicht ungefährliche Pfade begaben. Hinsichtlich der politischen Aktivität gaben sie einzelnen Gruppen gewisse Handlungsspielräume und einen Teil ihrer Selbstverantwortung zurück. Auf diese Weise sorgten die Deutschen für einen Aufschwung im politischen Leben Warschaus, mit dem sie im Gegensatz zur russischen Herrschaft ein höheres Maß an Freigebigkeit demonstrieren wollten. Die Tatsache, dass zeitgleich in „Ober-Ost“ jegliches eigenständige politische Handeln untersagt war¹⁵⁷, macht deutlich, dass die Deutschen im Falle des politischen Zentrums Warschau auf besondere Maßnahmen der Besatzungspolitik zurückgriffen. Als Ergebnis dieser auf die Metropole abgestimmten Politik wandelten sich nicht nur das Stadtbild, sondern auch die Verwaltungsstruktur, das Bildungswesen und das öffentliche Begehen von Feierlichkeiten.

Gerade der Herrschaftswechsel im Jahre 1915 erlaubt einen Blick auf die Metropole in dem Moment, als sie sich wie in einem Kaleidoskop zu wandeln begann, in dem ganz neue Facetten des städtischen Lebens zu Tage traten. Es war der Einbruch einer neuen Kultur, in der die Besatzer mit einer den Warschauern bis dahin fremden Genauigkeit den städtischen Raum mit seiner Gesellschaft kategorisierten, ordneten und verwalteten. Sie führten eine Normierung ein, die in den vorangegangenen Jahrzehnten unter russischer Herrschaft nicht praktiziert worden war und somit neues Potenzial bot.

Doch lässt sich angesichts des Fehlens eines breiten Rückhalts in der polnischen Bevölkerung, den die Deutschen in dieser kurzen Zeit in Warschau nicht zu erlangen vermochten, resümieren, dass die deutsche Polenpolitik nicht erst mit der militärischen Niederlage zusammenbrach, sondern schon nach der Novemberproklamation einen verhängnisvollen Weg nahm und schließlich in der Luft hing. Der günstigste Zeitpunkt, um die russophilen Kräfte im Weichselland zu lähmen, wäre der russische Rückzug gewesen, jedoch verpassten ihn die Deutschen wegen kriegsbedingter innenpolitischer Unstimmigkeiten, aber auch wegen ihres fehlenden Vertrauens gegenüber den Polen. Die revolutionären Umwälzungen in Russland taten ihr Übriges, um das deutsche Unterfangen im Königreich Polen zu komplizieren.

Trotz dieses Scheiterns und der massiven Ausbeutung des Generalgouvernements kann festgehalten werden, dass viele Maßnahmen der deutschen Besatzungspolitik administrative Strukturen ins Leben riefen, die ganz klar als Gewinn zu werten sind. Die Deutschen initiierten eine nachhaltige Ent-

¹⁵⁷ STRAZHAS (wie Anm. 20), S. 135.

wicklung, die langfristig gesehen als eine Bereicherung der Region betrachtet werden kann.

Summary

Specific aspects of the German occupation policy in Warsaw 1914-1916

The issue of the German occupation of Warsaw during World War I has not only been neglected by the general public, it has also been ignored by historical research. While the First World War is generally depicted as happening mostly on the Western Front, any mention of the German occupation of Warsaw, in turn, immediately brings the connotation of the Nazi reign of terror during the Second World War to mind. Memories of the first German occupation of Warsaw during the 20th century have been eclipsed by the brutal and traumatic experiences from the period between 1939 and 1945.

The aim of this investigation is to capture the changes that occurred in Warsaw during the First World War, and in particular in the years of 1914-1916, and to explain how the change of regime influenced the character of the city during a phase of social revolution. To fulfil this aspiration, it is relevant to point out Warsaw's political, cultural, ethnic as well as its economic and territorial characteristics, which had become a distinguishing feature of the metropolis since the end of the 19th century.

The introductory thesis regarding Warsaw as a special case in German occupation policy during the First World War is demonstrated by emphasizing and analysing all relevant factors that the Germans had to face in this city. Considering the differences between military and strategic necessities on the one hand and calculated concessions on the other hand, it is possible to explain where the occupiers practised established policies and where they risked experimental methods.

The results led to a clear change of Warsaw. Apart from the massive exploitation of Warsaw and the *Generalgouvernement*, it should be noted that many decisions of the occupying forces initiated positive structures and sustainable development for post-war Poland.